

# Anträge

## Inhaltsverzeichnis

### L - Leitantrag

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
L01	Safety Queer: Unsere Vielfalt schützen! SPDqueer Bundevorstand <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	9

## G - Gesundheitspolitik

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
G01	<b>Queere psychische Gesundheit fördern</b> SPDqueer Bezirksvorstand Hessen-Süd <i>abgelehnt</i>	22
G02	<b>Flächendeckende PrEP Versorgung sicherstellen!</b> SPDqueer Landesvorstand Hamburg <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	23
G03	<b>Prepare for PreP – Verhütung ist der beste Schutz</b> SPDqueer Bezirksvorstand Hessen-Süd <i>erledigt durch</i>	24
G04	<b>PreP muss weiter für alle zugänglich bleiben!</b> SPDqueer Landesvorstand Nordrhein-Westfalen <i>erledigt durch</i>	25
G05	<b>Präventive Testung auf STI muss kostenfrei sein!</b> SPDqueer Landesvorstand Hamburg <i>angenommen</i>	26
G06	<b>Zugang zu Misoprostol wieder herstellen!</b> SPDqueer Landesvorstand Berlin <i>Annahme in geänderter Fassung</i>	27

## Z - Zivilgesellschaft und Demokratie

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
Z01	<b>Eine wehrhafte Demokratie braucht politische Bildung</b> SPDqueer Landesvorstand Nordrhein-Westfalen <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	28
Z02	<b>Keine Streichung von Mitteln bei der Bundeszentrale für politische Bildung</b> SPDqueer Landesvorstand Bayern <i>erledigt durch</i>	29
Z03	<b>Konkretisierung / Ergänzung im Aktionsplan „Queer Leben“</b> SPDqueer Landesvorstand Bayern <i>angenommen</i>	30
Z04	<b>Pride was a riot!</b> SPDqueer Landesvorstand Nordrhein-Westfalen <i>Annahme in geänderter Fassung</i>	31
Z05	<b>Wurzeln im ländlichen Raum schaffen</b> SPDqueer Landesvorstand Nordrhein-Westfalen <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	32
Z06	<b>Queer-Beauftragte braucht es in Bezirken und kreisfreien Städten</b> SPDqueer Landesvorstand Sachsen <i>überwiesen</i>	33
Z07	<b>Worte finden, rechten Demagog*innen entgegen</b> SPDqueer Landesvorstand Nordrhein-Westfalen <i>erledigt durch</i>	34
Z08	<b>Sport für alle Geschlechter zugänglich machen</b> SPDqueer Bezirksvorstand Hessen-Süd <i>erledigt durch</i>	35
Z09	<b>Safe Spaces erhalten</b> SPDqueer Landesvorstand Saar <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	36

## R - Rechtspolitik

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
R01	<b>Queere Menschen schützen: AGG Reform jetzt!</b> SPDqueer Landesvorstand Nordrhein-Westfalen <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	37
R02	<b>Diversity Management im öff. Dienst und Privatsektor</b> SPDqueer Landesvorstand Nordrhein-Westfalen <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	38
R03	<b>Endlich Selbstbestimmung ermöglichen</b> SPDqueer Landesvorstand Nordrhein-Westfalen <i>zurückgezogen</i>	39
R04	<b>Für eine inklusive Partner*innenfreistellung</b> SPDqueer Landesvorstand Berlin <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	40
R05	<b>Menstruationsbeschwerden ernstnehmen – für eine gesetzlich gesicherte Menstruationskrankschreibung!</b> SPDqueer Landesvorstand Berlin <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	41
R06	<b>Ausarbeitung Konzeptpapier der AG SPDqueer zum Thema Leihmutterschaft</b> SPDqueer Landesvorstand Bayern <i>angenommen</i>	42

## A - Asyl- und Außenpolitik

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
A01	<b>Für ein humanes europäisches Asylrecht</b> SPDqueer Landesvorstand Saar <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	43
A02	<b>Queer Refugees Welcome! Für eine Reform der Geflüchtetenpolitik</b> SPDqueer Landesvorstand Berlin <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	45
A03	<b>Zusammenarbeit mit queerfeindlichen Staaten in der Entwicklungshilfe</b> SPDqueer Landesvorstand Bayern <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	47

## B - Bildungspolitik

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
B01	Für einen bessern Umgang mit Queeren Kindern und Jugendlichen SPDqueer Landesvorstand Saar <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	48

## O - Organisationspolitik

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
001	<b>Wissen teilen und Diskurse ermöglichen</b> SPDqueer Landesvorstand Nordrhein-Westfalen <i>angenommen</i>	49
002	<b>Bundeskonferenzen der AGs wieder zweitägig</b> SPDqueer Bezirksvorstand Hessen-Nord <i>überwiesen</i>	50

## Ini - Initiativanträge

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
Ini01	<b>Awarenesskonzept auf Bundesebene der SPDqueer schaffen</b> SPDqueer Landesvorstand Thüringen <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	51
Ini02	<b>Debatte zum Thema Leihmutterschaft führen</b> SPDqueer Landesvorstand Thüringen <i>Zurückgestellt</i>	52
Ini03	<b>Ostdeutsche Straßen nicht den Rechten überlassen!</b> SPDqueer Landesvorstand Thüringen <i>angenommen</i>	53
Ini04	<b>SPDqueer Wiki auf Bundesebene einführen</b> SPDqueer Landesvorstand Thüringen <i>Zurückgestellt</i>	54
Ini03- Ä01	<b>Änderungsantrag zu Ini03</b> SPDqueer Landesvorstand Nordrhein-Westfalen	55
Ini05	<b>Trans*liberation now: Elf Forderungen für ein echtes                      Selbstbestimmungsgesetz</b> SPDqueer Landesvorstand Berlin <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	57
	<b>Änderungsantrag zu Ini05</b> SPDqueer Bezirksvorstand Hessen-Süd	60

## Antrag L01: Safety Queer: Unsere Vielfalt schützen!

Antragsteller*in:	SPDqueer Bundevorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Sonstiges Annahme in der Form der Antragskommission
Sachgebiet:	L - Leitantrag

### 1 1. Aktueller Stand/Situationsanalyse

2 In Deutschland und weltweit sind die Rechte queerer Menschen durch rechte,  
3 konservative und religiöse Gruppen bedroht. Diese Gruppen nutzen den Kampfbegriff  
4 "woke", der seinen Ursprung in der Bürgerrechtsbewegung schwarzer Menschen in den USA  
5 hat, um Maßnahmen und Handlungsweisen gegen Vorurteile und Diskriminierung zu  
6 kritisieren und zu bekämpfen. Ein Ziel ist die rechtliche und gesellschaftliche  
7 Gleichstellung von LSBTIQ\* Menschen zu stoppen oder sogar zurückzudrehen. Dies führt  
8 beispielsweise dazu, dass traditionelle Stücke Shakespeares in Schulen Floridas nur  
9 noch ausschnittsweise gelesen werden dürfen. In Deutschland positionieren sich diese  
10 Gruppen gegen die geschlechtergerechte Sprache, das Selbstbestimmungsrecht und gehen  
11 aktiv gegen die allgemeine Sichtbarkeit von queeren Menschen in unserer Gesellschaft  
12 vor. Sie verstehen sich hierbei als Retter überkommener Rollenbilder und der  
13 traditionellen Familie, indem sie den Zusammenhalt einer sich fragmentierenden  
14 Gesellschaft durch Vereinheitlichung zu stärken versuchen. Ähnlichkeiten mit  
15 Narrativen aus dem Nationalsozialismus sind kein Zufall.

16 Trotz der Sichtbarkeit queerer Menschen in Kunst, Kultur, Medien und Politik sind  
17 unsere Straßen und öffentlichen Räume keine sicheren Orte. Selbst in Szene-Vierteln  
18 in Großstädten kommt es fast täglich zu verbalen und physischen Übergriffen gegen  
19 Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität. Auf  
20 Schulhöfen sind queerfeindliche Beleidigungen Gang und Gäbe. Und auch in  
21 Fußballstadien kommt es neben rassistischen Ausfällen immer wieder zu queerfeindlichen  
22 Aktionen rechter "Fangruppen".

23 Als queere Personen öffentlich Zuneigung zu zeigen und sichtbar zu sein, erfordert  
24 noch immer viel Mut. Viele Menschen trauen sich nicht, sich am Arbeitsplatz oder im  
25 Verein zu outen aus Angst vor Zurückweisung und Diskriminierung. Berichte über  
26 queerpolitische Themen oder LSBTIQ\* in sozialen Medien erzeugen mit an Sicherheit  
27 grenzender Wahrscheinlichkeit einen Shitstorm in den Kommentaren. Und die Täter\*innen  
28 können davon ausgehen, dass sie für ihre strafrechtlich relevanten Aussagen praktisch  
29 nie zur Verantwortung gezogen werden. Das ist kein Zufall. Queerfeindlichkeit zielt  
30 darauf ab, queere Menschen unsicher und unsichtbar zu machen.

31 Die steigende Zustimmung in Deutschland für queerfeindliche Parteien wie die AfD  
32 sollte sämtliche Alarmglocken schrillen lassen. Denn wer sehen will, was  
33 rechtspopulistische Parteien mit den Rechten von LSBTIQ\* machen, der muss nur in  
34 andere EU-Mitgliedstaaten wie Italien, Ungarn und Polen schauen.

35 Auch weltweit ist die Situation besorgniserregend. In den USA überbieten sich  
36 Konservative mit queerfeindlichen Gesetzen und in Afrika steht mit Uganda seit Kurzem  
37 ein weiterer Staat auf der Liste der Länder, in denen auf Homosexualität die  
38 Todesstrafe steht.

39 Die Verstärkung queerfeindlicher Diskurse und die Zunahme von queerfeindlichen  
40 Straftaten hat auch mit den rechtlichen und gesellschaftlichen Fortschritten der  
41 vergangenen Jahrzehnte zu tun. Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik sind  
42 keine Randthemen mehr, sondern gesellschaftliche Diskurse, die unsere tradierten  
43 Normen und Werte in Frage stellen und verändern. Es geht um soziale und  
44 gesellschaftliche Teilhabe und damit auch um eine Neuverteilung von Macht und  
45 Wohlstand.

46 Eine Politik, die Vielfalt schützt und Menschen unabhängig von ihrer sexuellen  
47 Orientierung oder geschlechtlichen Identität ein Leben ohne Angst vor Gewalt oder  
48 Diskriminierung ermöglicht, sorgt für eine soziale, gerechte und freie Gesellschaft.

#### 49 a. Daten und Statistiken

50 Das Bundeskriminalamt registrierte in seiner polizeilichen Kriminalstatistik für das  
51 Jahr 2022 im Themenfeld "Sexuelle Orientierung" über 1.500 Straftaten, darunter 227  
52 Gewaltdelikte. Das entspricht einem Anstieg um 15% und stellt einen neuen Höchststand  
53 dar. Im Themenfeld "Geschlechtsbezogene Diversität" wurden 2022 417 Straftaten  
54 erfasst, darunter 82 Gewaltdelikte. 2021 waren es noch 340 Straftaten. Es muss zudem  
55 von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen werden, da viele Betroffene die Straftaten  
56 nicht zur Anzeige bringen oder der queerfeindliche Hintergrund einer Straftat nicht  
57 erfasst wird.

#### 58 b. Auswirkungen auf gesellschaftliches Zusammenleben

59 Verbale oder physische Hassgewalt gegen Menschen auf Grund von Merkmalen wie der  
60 sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität gehören zur pauschalisierenden  
61 Ablehnungskonstruktion. Ähnlich wie Rassismus oder Antisemitismus, wird  
62 Queerfeindlichkeit Vorurteilen und Stereotypen gespeist. Diese Vorurteilen führen zu  
63 Abwertung und Ausgrenzung, die Betroffenen in ihrer Würde, Freiheit und sozialen  
64 sowie gesellschaftlichen Teilhabe einschränken. Diskriminierungserfahrungen in der  
65 Schule führen häufig zu psychischen Erkrankungen und erhöhen die Gefahr von Suiziden.  
66 Fehlende Akzeptanz durch die Familie führt oft zu häuslicher Gewalt und  
67 Wohnungslosigkeit unter queeren Jugendlichen. Ein queerfeindliches Klima am  
68 Arbeitsplatz wirkt sich negativ auf die Arbeitsleistung der Betroffenen und deren  
69 berufliche Entwicklungs- und Aufstiegschancen aus. Zudem sorgt Diskriminierung durch  
70 staatliche Akteur\*innen beim Zugang zu öffentlichen Gütern und Dienstleistungen für  
71 einen Verlust des Vertrauens in den Staat und unser Gemeinwesen. Kurz gesagt, die  
72 Effekte von Queerfeindlichkeit auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt sind  
73 verheerend.

#### 74 c. Benennung bestehender Defizite

75 Zu einem queerfeindlichen Klima in einer Gesellschaft tragen ganz unterschiedliche  
76 Faktoren bei. Kein Mensch wird queerfeindlich geboren. Diese Einstellungen werden  
77 durch die Familien und das soziale Umfeld vermittelt. Tradierte Vorstellungen von  
78 Geschlecht und Geschlechterrollen, ideologisch begründete Idealvorstellungen von  
79 einem Volk und der zugeschriebenen Rolle des Individuums sowie der Interpretation von  
80 religiösen Schriften in Bezug auf Geschlecht und Sexualität, begründen die negativen  
81 Einstellungen gegenüber LSBTIQ\*.

82 Fehlende Aufklärungsangebote in Schulen und Einrichtungen der Kinder- und  
83 Jugendarbeit sowie kaum vorhandene Angebote für die Aus-, Fort- und Weiterbildung von

84 Lehrkräften und Pädagog\*innen verhindern eine kind- und jugendgerechte Aufklärung  
85 über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt und damit den Abbau von Vorurteilen.

86 Es gibt in Deutschland noch immer keine bundeseinheitliche Strategie zur Prävention  
87 queerfeindlicher Straftaten. Wenn Hassverbrechen begangen werden, ist es für die  
88 Opfer schon zu spät und es bleiben neben den physischen Spuren auch psychische  
89 Narben, die die Betroffenen noch lange verfolgen. Es fehlt noch immer an  
90 einheitlichen Regeln zur Erfassung queerfeindlicher Straftaten und zur Aus- Fort-  
91 und Weiterbildung von Polizist\*innen. Auch haben nur die wenigsten Bundesländer  
92 Ansprechpersonen für die Opfer von Hassgewalt in Polizei und Staatsanwaltschaften.  
93 Soziale Netzwerke erscheinen häufig als rechtsfreie Räume. Hier wird hemmungslos  
94 gegen queere Menschen gehetzt und eine ausreichende Strafverfolgung findet nicht  
95 statt.

#### 96 d. Bisherige Erfolge und Teilerfolge

97 Im Dezember 2021 widmete sich die Innenministerkonferenz erstmals intensiv dem Thema  
98 LSBTIQ\*-Feindlichkeit und beschloss auf Initiative des damaligen Berliner  
99 Innensenators Andreas Geisel (SPD) die Einrichtung einer Expert\*innengruppe, die  
100 Maßnahmen erarbeiten sollte, um Queerfeindlichkeit besser zu bekämpfen. Der Bericht  
101 wurde im Juni 2023 veröffentlicht und Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) will  
102 die darin gemachten Handlungsvorschläge aufgreifen.

103 Mittlerweile gibt es in mehreren Bundesländern Ansprechpersonen bei der Polizei, für  
104 die Opfer queerfeindlicher Gewalt. Ebenso wurden in Staatsanwaltschaften Stellen  
105 geschaffen, an die sich Opfer von Hassgewalt wenden können und die besondere  
106 Expertise im Bereich Queerfeindlichkeit und anderen Formen von Hasskriminalität  
107 aufweisen. Der Straftatbestand der Verhetzenden Beleidigung (§ 192a StGB) wurde im  
108 September 2021 neu in das Strafgesetzbuch eingeführt, um eine Strafbarkeitslücke zu  
109 schließen, die bisher für das Senden volksverhetzender Inhalte an Betroffene bestand.  
110 Und die Ampel-Koalition hat das "Gesetz zur Überarbeitung des Sanktionenrechts"  
111 beschlossen, welches vorsieht, dass u.a. queerfeindliche Motive im Strafverfahren  
112 ausdrücklich zu berücksichtigen sind.

113 Mit dem Ziel, Queerfeindlichkeit entgegenzuwirken, verabschiedete die Bundesregierung  
114 den Aktionsplan Queer Leben. Dieser enthält Empfehlungen für Maßnahmen in sechs  
115 Handlungsfeldern (Rechtliche Anerkennung, Teilhabe, Sicherheit, Gesundheit, Stärkung  
116 von Beratungs- und Communitystrukturen, Internationales). Außerdem hat  
117 Bundesinnenministerin Nancy Faeser endlich das Diskretionsgebot abgeschafft und  
118 queere Geflüchtete im Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan berücksichtigt. Und mit der  
119 Beflaggung von Bundeskanzleramt und Bundestag während des CSD in Berlin setzen  
120 Bundesregierung und Bundestag ein wichtiges Zeichen für die Sichtbarkeit queerer  
121 Menschen.

#### 122 2. Prävention und Bildung/Sensibilisierung und Aufklärung im Kinder- und 123 Jugendbereich

124 Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt ist Teil der Zielformulierung von Demokratie-  
125 und Menschenrechtsbildung an Schulen. Trotz vieler Fortschritte bedarf es weiterhin  
126 eines Ausbaus der verpflichtenden Fortbildungen für Lehrkräfte und Erzieherin\*innen  
127 zur Sensibilisierung und Aufklärung in Bezug auf LSBTIQ\*-Themen. Viele Lehrkräfte  
128 gehen laut Umfragen sogar davon aus, dass an ihrer Schule oder in ihrer Klasse keine

129 LSBTIQ\*-Personen sind – was rein statistisch betrachtet falsch ist. Gleichzeitig  
130 stehen queerfeindliche Beleidigungen oder feindseliges Verhalten an Schulen auf der  
131 Tagesordnung. Ein Großteil der Lehrkräfte steht diesem diskriminierenden Verhalten  
132 aufgrund fehlender Expertise machtlos gegenüber. Insbesondere Lehrkräfte mit  
133 persönlichem Kontakt zu LSBTIQ\* fühlen sich eher gewappnet, aufklärend und beratend  
134 für ein vielfältiges queerfreundliches Miteinander einzutreten.

135 Rollenvorbilder können die Entwicklung von Jugendlichen positiv beeinflussen und  
136 ihnen einen Rahmen zur Selbstfindung bieten. Queere Jugendliche suchen allerdings  
137 häufig vergebens nach queeren Vorbildern in Lehrbüchern oder im Unterricht. Aus  
138 diesem Grund müssen Schulverwaltung und -leitung den Rahmen schaffen, um queeren  
139 Lehrkräften mit Akzeptanz und Respekt zu begegnen und sie bei Bedarf bei ihrem  
140 Coming-Out zu unterstützen. Neben der allgemeinen Aufklärung und Vermittlung eines  
141 diskriminierungsfreien Vielfältigkeitsverständnisses, sollte in der Schule deshalb  
142 auch explizit queere Geschichte, Kultur und Vielfalt in die Neugestaltung der  
143 Lehrpläne einfließen. Auch in Fächern wie Informatik oder Mathematik könnten queere  
144 Geschichte und Persönlichkeiten ein Thema sein. Ein Beispiel wäre die  
145 Verfolgungsgeschichte und Kastrationsbestrafung des bedeutenden schwulen  
146 Informatikers Alan Turing, der mit seinen theoretischen Arbeiten die Grundsteine für  
147 moderne Computer legte. Aber auch ganz grundsätzlich sollte die Emanzipationsbewegung  
148 queerer Menschen im Unterricht zur Allgemeinbildung gehören. Wir fordern die  
149 Kultusministerkonferenz deshalb dazu auf, zu überprüfen, wie queere Geschichte,  
150 Kultur und Persönlichkeiten als Querschnittsthema in die Lehrpläne aller Fächer  
151 Einzug halten können.

152 Häufig sind Schulen, Lehrkräfte, Eltern und Schüler\*innen selbst aus verschiedensten  
153 Gründen überfordert, wenn sich queere Schüler\*innen outen. Hierfür müssen die  
154 Bildungsbehörden jedes Bundeslandes Beratungsstellen schaffen, die vorgefertigtes  
155 Unterrichtsmaterial, Seminare und Unterstützungen für solche Fälle bereitstellen  
156 können.

157 Der drohende Rückschritt bei der gesellschaftlichen Gleichstellung von LSBTIQ\* in  
158 Kombination mit der Schließung von (queeren) Kinder- und Jugendeinrichtungen führt  
159 dazu, dass queeren Jugendlichen im Zweifel der einzige Ort genommen wird, an dem sie  
160 sich frei entfalten können. Dies gefährdet vor allem queere Kinder und Jugendliche  
161 mit wenig verständnisvollen oder sogar repressiven Familienmitgliedern. Aus diesem  
162 Grund ist die finanzielle Ausstattung von (queeren) Kinder- und Jugendeinrichtungen  
163 weiterhin sicherzustellen und sogar auszubauen.

164 Aber nicht nur in der Schule, sondern auch im Arbeitsleben und insbesondere im  
165 öffentlichen Dienst besteht der Bedarf an Sensibilisierung und Schulung in Bezug auf  
166 Vielfalt und LSBTIQ\*. In allen öffentlichen Einrichtungen und Behörden ist  
167 Vielfältigkeit so zu leben, dass queere Personen vorurteils-, angst- und  
168 diskriminierungsfrei ihren Arbeitsplatz aufsuchen können. Dazu darf nicht allein die  
169 queere Community in den Blick genommen werden, sondern alle Beschäftigten sind in die  
170 Pflicht zu nehmen. Ziel ist, alle Beschäftigten so aufzuklären und zu  
171 sensibilisieren, dass sich queere Personen am Arbeitsplatz bzw. als Besucher\*innen  
172 der Einrichtungen oder Behörden sicher fühlen.

173 3. Communities unterstützen

174 Seit Jahrzehnten wird die Aufklärungs- und Beratungsarbeit für LSBTIQ\* zum Großteil  
175 durch ehrenamtliches Engagement aus der Community heraus selbst initiiert,  
176 organisiert und sichergestellt. Neben dem großen persönlichen Einsatz von Freizeit  
177 ist diese Arbeit oft mit finanziellen Risiken verbunden. Eine langfristige staatliche  
178 Förderung wird nur in seltenen Fällen gewährleistet und ist häufig abhängig von den  
179 politischen Regierungsmehrheiten. Respektbekundungen und Wertschätzung der  
180 ehrenamtlichen Community-Arbeit seitens der Politik allein reichen nicht mehr aus.

181 Zugleich besteht nach wie vor eine erhebliche Diskrepanz bei Beratungs- und  
182 Hilfsangeboten zwischen Großstädten und dem ländlichen Raum, da sich  
183 Selbstorganisationsstrukturen der Community meist nur in größeren Staädten etabliert  
184 haben.

185 Angesichts dessen, dass sich LSBTIQ\* noch immer und in letzter Zeit leider auch  
186 wieder in zunehmendem Maße Vorurteilen, Stigmatisierung und Diskriminierung in allen  
187 Lebensbereichen ausgesetzt sehen, ist der flächendeckende Ausbau von Aufklärungs- und  
188 Beratungsangeboten für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt zwingend geboten.

#### 189 a) Maßnahmen

190 Wir fordern daher, dass zeitnah Maßnahmen ergriffen werden, um die zum Großteil  
191 ehrenamtlich tätige LSBTIQ\*-Community in ihrer Aufklärungs- und Beratungsarbeit zu  
192 unterstützen. So müssen Bund, Länder und Kommunen gemeinsam die Initiative zum  
193 flächendeckenden Ausbau und zur Sicherstellung der Finanzierung von LSBTIQ\*-  
194 Beratungsstrukturen ergreifen. Dies gilt auch für die Schaffung bzw. den Ausbau von  
195 LSBTIQ\*-Netzwerkstrukturen und der damit verbundenen nachhaltigen Unterstützung und  
196 Förderung. Wichtig ist zudem auch, Fachkräfte und ehrenamtlich Engagierte im Bereich  
197 der LSBTIQ\*-Aufklärungs- und Beratungsarbeit regelmäßig zu sensibilisieren und durch  
198 kostenfreie Fortbildungsmöglichkeiten weiterzubilden.

199 Auch in Berufsschulen, IHK und HWK muss die Aufklärungsarbeit von LSTBQ+ Themen  
200 fester Bestandteile werden. Mehr Hauptamtliche Mitarbeiter müssen eingestellt werden,  
201 da in der Industrie und im Handwerk Trans und Homophobie immer noch zum guten Ton  
202 gehören.

203 Um im ländlichen Raum den notwendigen Ausbau von Aufklärungs- und Beratungsangeboten  
204 endlich voranzubringen muss der Dialog zwischen Bund, Ländern und Kommunen zur  
205 Entwicklung von Ansatzen zur Stärkung der Selbstorganisation von LSBTIQ\* in  
206 ländlichen Räumen geschaffen und intensiviert werden. In diesem Zusammenhang sollte  
207 insbesondere auch der Ausbau digitaler Informationsangebote zu LSBTIQ\*-Aufklärungs-  
208 und Beratungsangeboten unterstützt und gefördert werden.

209 Alle diese oben genannten Maßnahmen können nur erfolgreich umgesetzt werden, wenn sie  
210 von Anfang an in enger Abstimmung und unter ständiger Einbindung wichtiger  
211 Akteur\*innen und Aktivist\*innen der LSBTIQ\*-Community entwickelt werden. Hierzu  
212 sollten, sofern es dieses Format nicht bereits auf Länderebene gibt, auf das Format  
213 "Runder Tisch" zurückgegriffen werden. Wichtig ist dabei, die jahrelange Erfahrung  
214 und Kompetenz von Ehrenamtlichen aus der Aufklärungs- und Beratungsarbeit zu nutzen.

215

#### 216 b) Finanzierung

217 Neben den strukturellen Herausforderungen ist es vor allem die Finanzierung, die die  
218 ehrenamtlichen LSBTIQ\*-Aufklärungs- und Beratungsangebote immer wieder vor große

219 Probleme stellt. So ist die finanzielle Ausstattung zumeist prekär und aufgrund von  
220 Projektfinanzierung sind langfristige Planungen über einen Zeitraum von mehr als zwei  
221 Jahren in der Regel fast unmöglich. Gerade aber mit Blick auf die Gewinnung von  
222 Fachpersonal ist eine langfristige Planungssicherheit zwingend erforderlich, da nur  
223 so nachhaltige Netzwerk- und Beratungsstrukturen aufgebaut werden können, die auch  
224 die Einhaltung hinreichender Standards sicherstellen.

225 Wir fordern daher, an Stelle von kurzfristiger Projektförderung auf eine  
226 institutionalisierte Förderung wichtiger LSBTIQ\*-Aufklärungs- und Beratungsangebote  
227 umzustellen. Des Weiteren sollten Ehrenamtliche regelmäßig über Fördermöglichkeiten  
228 informiert und bei der Stellung von Förderanträgen beraten werden. Gerade für viele  
229 kleinere Vereine, die sich in der LSBTIQ\*-Aufklärungs- und Beratungsarbeit  
230 engagieren, wäre es wichtig, dass Förderanträge sowohl so niedrigschwellig und so  
231 wenig arbeitsintensiv wie möglich gehalten werden als auch auf den oft geforderten  
232 Eigenanteil verzichtet wird, um es auch kleineren Vereinen zu ermöglichen, sich  
233 überhaupt um Förderungen zu bewerben.

234

#### 4. Rechtliche Rahmenbedingungen schaffen

235 Die Ampelregierung hat sich vorgenommen, auch im Bereich der Queerpolitik eine  
236 Fortschrittskoalition zu sein. Durch ihre geplante und teilweise schon umgesetzte  
237 Gesetzgebung wird sie die rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen, um vielfältiges  
238 Leben zu ermöglichen und zu schützen.

239 Nach den weiter oben genannten, bereits umgesetzten Maßnahmen ist es deshalb dringend  
240 notwendig, auch die anderen Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag schnellstmöglich  
241 umzusetzen. Dazu zählt allen voran die Abschaffung des Transsexuellengesetzes  
242 zugunsten eines echten Selbstbestimmungsgesetzes. Außerdem muss es einen neuen Anlauf  
243 geben, die geschlechtliche Vielfalt und sexuelle Identität in Artikel 3 des  
244 Grundgesetzes aufzunehmen.

245 Zudem muss die rechtliche Anerkennung von Regenbogenfamilien gestärkt, die Einführung  
246 von Verantwortungsgemeinschaften umgesetzt und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz  
247 reformiert werden, um einen besseren Schutz vor Diskriminierung zu bieten. Hier  
248 fordern wir die Bundesregierung und den Bundestag auf, schnell zu handeln.

#### 249 5. Hassgewalt bekämpfen

250 Nach Angaben der Bundesregierung werden in Deutschland jeden Tag mindestens drei  
251 Menschen Opfer queerfeindlicher Gewalt – mit steigender Tendenz. Die  
252 Innenministerkonferenz (IMK) hat in ihrer 219. Sitzung am 16. Juni beschlossen, die  
253 Bekämpfung von feindlicher Gewalt gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und  
254 intergeschlechtliche sowie queere Menschen (LSBTIQ\*) kontinuierlich weiter zu  
255 verstärken. Wir fordern die Bundesinnenministerin sowie die sozialdemokratischen  
256 Mitglieder der Landesregierungen und der Landtage dazu auf, sich für eine zügige und  
257 konsequente Umsetzung der Handlungsempfehlungen aus dem Abschlussbericht des  
258 Arbeitskreises "Bekämpfung homophober und transfeindlicher Gewalt" in allen  
259 Bundesländern einzusetzen. Dabei muss die queere Community eng eingebunden werden.

260 Bei einem Dunkelfeld von schätzungsweise 80 - 90 % sehen wir nur die Spitze des  
261 Eisberges der queerfeindlichen Taten. Studien zur Erforschung des relativen

262 Dunkelfeldes müssen daher noch stärker gefördert werden. Insbesondere besteht Bedarf  
263 bei der Erforschung von Gewalt gegenüber mehrfach diskriminierten Gruppen, so zum  
264 Gewalt, Gewalt gegen LSBTIQ\*-Personen of Color, trans\* und inter\* Personen,  
265 sowie im Bereich queerfeindlich  
266 motivierter sexualisierter Gewalt und häuslicher Gewalt. Relative  
267 Dunkelfeldforschungen müssen daher stärker finanziell unterstützt werden, um unter  
268 Hinzuziehung von Expert\*innen aus der LGBTIQ\*-Community Gegenstrategien  
269 mitzuentwickeln. Ebenso braucht es intensivere Forschung zur Verbreitung  
270 queerfeindlicher Einstellungen in der Gesellschaft und den dahinterstehenden Motiven.  
271 Die Ausweitung der Forschung sollte Teil eines Bund-Länder-Programms gegen LSBTIQ\*-  
272 feindliche Gewalt sein.

273 Um die Straftaten aus dem relativen Dunkelfeld herauszuholen, bedarf es eines  
274 barrierefreien Opferschutzes, der allen Opfern eine diskriminierungsfreie  
275 Inanspruchnahme von Hilfen ermöglicht und die Hemmschwelle der Anzeige senkt. Um die  
276 Anzeigebereitschaft zu vergrößern, muss in den Ländern sichergestellt sein, dass der  
277 Schutz der Adresse anzeigender Personen gewahrt ist, um Ängste vor erneuten  
278 Übergriffen durch den mutmaßlichen Täter zu begrenzen. Niedrigschwellige  
279 Möglichkeiten der Online-Anzeige und der Anzeige bei vertieft zum Thema  
280 Queerfeindlichkeit geschulten Mitarbeiter\*innen sollen vorgehalten werden. (Opfer-  
281 )Beratungsstellen und LSBTIQ\*-Selbstvertretungen müssen gestärkt und finanziell  
282 gefördert werden.

283 Die Polizei, Justiz und Rettungskräfte müssen dementsprechend sensibel für den Umgang  
284 mit LSBTIQ\* feindlichen Straftaten ausgebildet sein. Das Thema LSBTIQ\* sollte als  
285 Einzelthema sowie als selbstverständliches Querschnittsthema regelhafter Bestandteil  
286 der Aus- und Weiterbildung sein. Leitfäden zur Bearbeitung von gegen LSBTIQ\*  
287 gerichteten Straftaten sollten jederzeit verfügbar sein. Um die Netzwerkarbeit mit  
288 der queeren Community zu stärken und dauerhaft Fachkompetenz zur Bekämpfung von  
289 Queerfeindlichkeit vorzuhalten, sind bei allen Landeskriminalämtern LSBTIQ\*-  
290 Ansprechpersonen zu benennen, die sowohl nach innen in die Polizei als auch nach  
291 außen in die Community wirken sollen.

292 Die Kategorisierung von Hasskriminalität in der Statistik zu Politisch motivierter  
293 Kriminalität, Justiz und Rettungskräfte müssen so ausgestaltet sein, dass sämtliche Hassverbrechen klar zum  
294 Ausdruck kommen und Straftaten, die einen LSBTIQ\*-feindlichen Hintergrund haben, auch  
295 entsprechend ausgewiesen werden. Ob hierzu die Kategorisierung als Politisch  
296 motivierter Kriminalität ausreicht oder ob damit das Feld zu sehr eingegrenzt wird,  
297 muss überprüft werden.

298 Ein erster Erfolg bei der Bekämpfung von queerfeindlicher Gewalt ist die  
299 Überarbeitung des Sanktionsrechts und die Veränderung bei der Strafzumessung durch  
300 die Ampelkoalition im Jahr 2023. Die neue Regelung beinhaltet  
301 "geschlechtsspezifische" sowie "gegen die sexuelle Orientierung gerichtete" Tatmotive  
302 ausdrücklich als weitere Beispiele für menschenverachtende Beweggründe und  
303 Hasskriminalität. Entsprechend können diese Motive jetzt strafverschärfend wirken. Um  
304 transfeindliche Hassverbrechen zu begegnen, ist der Wortlaut um  
305 „Geschlechtsidentität“ zu ergänzen. Diese Änderungen im materiellen Strafrecht  
306 sollten auch im Prozessrecht abgebildet werden. Einerseits sollte § 158 StPO  
307 dergestalt ergänzt werden, dass bei der Aufnahme von Strafanzeige und Strafantrag

308 Umstände nach § 46 Abs. 2 StGB verpflichtend erfragt und dokumentiert werden müssen.  
309 § 130 Abs. 1 StGB (Volksverhetzung) muss um die Formulierung „oder ihr Geschlecht  
310 oder ihre sexuelle Orientierung bestimmte Gruppe“ ergänzt werden. Es ist zu prüfen,  
311 ob der Tatbestand der Beleidigung (§ 185 StGB) erweitert werden sollte, um  
312 sicherzustellen, dass das beharrliche und absichtliche Misgendern und „Deadnaming“  
313 von trans\* Personen erfasst ist. Bei Anhaltspunkten für querfeindliche Beweggründe  
314 ist in der Regel das besondere öffentliche Interesse an der Strafverfolgung zu  
315 bejahen. Nummer 15 Absatz 5, Nummer 86 Absatz 2 und Nummer 234 Absatz 1 ReStBV sind  
316 entsprechend zu ergänzen.

317 Die Belange bei der Durchsuchung von trans\*, inter\* und nicht-binären Personen müssen  
318 in der StPO, den Polizeigesetzen und in den Gewahrsamsordnungen der Länder stärker  
319 berücksichtigt werden. Hierzu sind eigenständige Richtlinien zu erarbeiten.

320 Die Reform ist durch den Ausbau der Aufklärungs-, Präventions- und  
321 Sensibilisierungsarbeit zum Thema Hasskriminalität zu begleiten. In allgemeine  
322 Präventionsmaßnahmen des Bundes und der Länder müssen daher auch LSBTIQ\*- feindliche  
323 Hasskriminalität und Gewalt integriert werden. Zusätzlich sollten gezielte Maßnahmen  
324 zur Prävention von LSBTIQ\*-feindlicher Hasskriminalität und Gewalt konzipiert und  
325 umgesetzt werden.

326 Darüber hinaus braucht es eine ständige Evaluation der bisherigen Maßnahmen.

## 327 6. Gewalt im digitalen Raum

328 LSBTIQ\* Personen sind überdurchschnittlich oft Ziel von Hass und Gewalt im digitalen  
329 Raum. Der digitale Raum darf kein rechtsfreier Raum sein. Bei Gewalt und  
330 Gewaltandrohung im digitalen Raum muss bestehendes Recht konsequent durchgesetzt  
331 werden. Beschuldigte müssen ermittelt und zur Rechenschaft gezogen werden.

332 Insbesondere Menschen der LSBTIQ\* Gemeinschaft sind Ziel von Hassrede, verbalen  
333 Angriffen oder misgendering. Zudem gibt es Fälle, in denen die privaten  
334 Wohnanschriften von LSBTIQ\* Personen durch Täter\*innen veröffentlicht wurden, um so  
335 Druck und Hass vom digitalen Raum in die reale Welt zu tragen. Um vornehmlich LSBTIQ\*  
336 Personen stärker zu schützen und entsprechende Unterstützung zu geben, sind wirksame  
337 Maßnahmen erforderlich. Dazu gehören im Wesentlichen die nachfolgend skizzierten  
338 Aspekte, aber auch weitere, angemessene und nach Bedarf zu ergänzende Maßnahmen.

339 Bestehendes Recht muss konsequent angewendet und durchgesetzt werden. Insbesondere  
340 das Netzwerkdurchsetzungsgesetz bietet eine gute Grundlage, wobei Nachbesserungen in  
341 der Ausgestaltung erforderlich sind. Voraussetzung für die Durchsetzung des Rechts  
342 ist die Ermittlung und Ahndung der Täter\*innen durch die Strafverfolgungsbehörden,  
343 bis hin zur rechtskräftigen Verurteilung oder Verhängung angemessener Strafen.

344 Internetprovider müssen dazu verpflichtet sein, Beschuldigten-Daten herauszugeben, um  
345 eine Strafverfolgung zu ermöglichen. Um dem wirksam entgegenzutreten, unterstützen  
346 wir die stärkere Heranziehung der Plattformbetreibenden zur Löschung rechtswidriger  
347 Beiträge, zur Sperrung Hassrede verbreitender Accounts und die Einführung richterlich  
348 angeordneter Accountsperrungen. Solche Sperrungen sollen nicht nur dann in Betracht kommen,  
349 wenn eine einzelne Person online beleidigt und verunglimpft wird, sondern auch, wenn  
350 sich die Angriffe gegen verschiedene Personen oder gegen Gruppen richten. Damit  
351 individuelle Betroffene den Aufwand der Rechtsverfolgung nicht selbst leisten müssen,  
352 setzen wir uns für ein Verbandsklagerecht ein.

353 Bei den Strafverfolgungsbehörden sind flächendeckend Beratungsstellen einzurichten,  
354 um kompetent zu Hass und Gewalt im digitalen Raum Unterstützung für Betroffene zu  
355 bieten. Diese Beratungsstellen können dabei auch behördenintern als fachkundige  
356 Ansprechstellen für ermittelnde Beamt\*innen dienen.

357 Um Transparenz zur Anzahl und Schwere der Delikte zu erhalten, sind Statistiken bei  
358 den Strafverfolgungsbehörden zu erheben. Hass und Gewalt im digitalen Raum und die  
359 entsprechenden Konsequenzen müssen sichtbar und messbar gemacht werden.

360 Accounts von Täter\*innen müssen von den Internet Providern gesperrt werden, damit  
361 Täter\*innen nicht erneut mit bestehenden oder neuen Accounts Hass und Gewalt im  
362 digitalen Raum verbreiten können.

363 Der Opferschutz und Angebote zur LSBTIQ\*-sensiblen Opferbegleitung müssen ausgebaut  
364 werden. Als weitere Hilfestellung soll eine Hotline außerhalb von Polizei und  
365 Staatsanwaltschaften eingerichtet werden, um ein Beratungs- und Gesprächsangebot für  
366 Betroffene zu bieten. Dieses Beratungsangebot könnte auch durch bestehende  
367 Institutionen wie die Antidiskriminierungsstelle des Bundes abgedeckt werden.

368 Die Möglichkeit, strafbare Inhalte auf einfache und unkomplizierte Weise zur Anzeige  
369 bringen zu können, muss ausgebaut werden. Online-Wachen in allen Bundesländern sind  
370 hierfür ein wesentlicher Schlüssel und müssen eingerichtet werden.

371 Darüber hinaus sind ehrenamtliche Strukturen eine wichtige Säule, um Hass im  
372 digitalen Raum entgegenzuwirken und als Stütze für Betroffene zu dienen. Hierfür ist  
373 eine ausreichende Finanzierung erforderlich, die durch Bund und Länder bereitgestellt  
374 werden muss.

375 Eine positive Diskussionskultur im digitalen Raum muss ermutigt und unterstützt  
376 werden. Für Menschen und Organisationen, die sich gegen Hass im digitalen Raum  
377 stellen, braucht es angemessene und ausreichende Unterstützung. Positive Beispiele  
378 sollen herausgestellt werden. Für besonderes Engagement von Einzelpersonen oder  
379 Organisationen gegen Hass im digitalen Raum könnte als Anerkennung ein  
380 entsprechender Preis ins Leben gerufen werden.

## 7. Bunt statt Braun

382 In einer freien und demokratischen Gesellschaft sollte rechtes Gedankengut, das auf  
383 Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt gegen Minderheiten abzielt, keinen Platz  
384 haben. Trotzdem sehen wir uns mit einem bedrohlichen Erstarken des Rechtsradikalismus  
385 konfrontiert, das nicht ignoriert werden darf. Diese gefährliche Entwicklung betrifft  
386 nicht nur einzelne Gruppen, sondern bedroht die Grundwerte unserer Gesellschaft als  
387 Ganzes. Es ist an der Zeit, entschlossen gegenzusteuern und das Problem an seiner  
388 Gewalt gegen die queere Community kommt besonders häufig von rechts. Diese Form  
389 Demokratie.

390 Rechtsradikalismus ist ein strukturelles Problem, das tief in unserer Gesellschaft  
391 verankert ist. Er findet sich nicht nur in offensichtlich extremistischen Gruppen,  
392 sondern auch in subtilen Formen, die sich immer mehr in der Gesellschaft  
393 manifestieren. Hierbei spielen rechte Netzwerke eine zentrale Rolle, indem sie  
394 Hasskampagnen verbreiten und versuchen, ihre menschenfeindliche Ideologie zu  
395 normalisieren. Diese Netzwerke sind vielfältig und reichen von der AfD über die

396 Identitäre Bewegung bis hin zu Institutionen wie dem Institut für Staatspolitik und  
397 anderen faschistischen Ansammlungen. Lange wurden – und werden noch heute –  
398 rechtsradikale Gruppen und Bestrebungen verharmlost und nicht ausreichend ernst  
399 genommen. Insbesondere einige konservative Kräfte scheinen die Gefahr, die von  
400 rechtsradikalen Organisationen ausgeht, nicht zu begreifen. Dabei laufen sie Gefahr,  
401 zerstörerische Bestrebungen und Menschenfeindlichkeit als einfache Antworten auf  
402 komplexe Probleme zu übernehmen.

403 Besonders häufig richtet sich rechte Gewalt gegen die queere Community. Diese Form  
404 der Gewalt wird durch die gezielte Verbreitung von Falschinformationen sowie  
405 systematischer Diskriminierung, beispielsweise durch seriös wirkende populistische  
406 Social-Media-Arbeit der neuen Rechten befeuert. Die Hass schürende und gegen den  
407 Regenbogen gerichtete Kampagne um den „Stolz-Monat“ im Juni 2023 ist hierfür das  
408 beste Beispiel.

409 Um dieser besorgniserregenden Entwicklung entgegenzutreten, bedarf es aktiven  
410 Handelns seitens der Politik. Die Stärkung antifaschistischer Strukturen und eine  
411 umfassende Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements ist zu fördern.  
412 Bundesweit agieren starke zivilgesellschaftliche Bündnisse und Organisationen, die  
413 auf regionaler Ebene aktiv für die Förderung der Demokratie eintreten und sich gegen  
414 Hass engagieren. Besonders wichtig ist es, diese niemals als bloße Ideologieprojekte  
415 abzutun.

416 Initiativen und Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus und für Demokratieförderung  
417 und -bildung, insbesondere die mobile Beratung, müssen in Zeiten von wieder  
418 aufflammendem Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Queerfeindlichkeit  
419 gestärkt und besser unterstützt werden. Die finanzielle Unterstützung der  
420 Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und weiterer demokratiefördernder  
421 Organisationen sind notwendige Maßnahmen, um die Bildung, Aufklärung und Prävention  
422 im Kampf gegen Rechtsextremismus zu stärken. Hierbei dürfen keinerlei Kürzungen  
423 vollzogen werden.

427 Rechte Netzwerke und verfassungsfeindliche Organisationen sind zu zerschlagen und die  
428 Null-Toleranz-Politik gegenüber Rechtsextremismus konsequent durchzusetzen. Das  
429 Demokratiefördergesetz ist ein erster Schritt. Auch ein konsequentes Vorgehen des  
430 Verfassungsschutzes bei rechtsradikalen Organisationen ist unerlässlich, um die  
431 Sicherheit unserer Gesellschaft und Demokratie zu gewährleisten.

432 Ein weiteres Augenmerk sollte auf eine transparente Überprüfung der  
433 Parteienfinanzierung für undemokratische Parteien wie die AfD gelegt werden, um dem  
434 Missbrauch öffentlicher Mittel für demokratiefeindliche Bestrebungen  
435 entgegenzuwirken. Auch die Förderung kritischer Medienarbeit durch Unterstützung von  
436 Recherche-Medienprojekten, die rechte Netzwerke und Verbindungen unter anderem zur  
437 AfD aufdecken sowie der Öffentlichkeit zugänglich machen, ist ein notwendiger Schritt 438  
zur Aufklärung und Sensibilisierung.

439 8. Diskriminierungsschutz im Sport

440 Die Sicherheit und Inklusion von queeren Fans im Sport, insbesondere im Fußball, sind

441 von höchster Bedeutung. Es ist unerlässlich, die bestehenden Probleme anzugehen, die  
442 oft mit toxischer Geschlechterrollen und diskriminierenden Haltungen innerhalb des  
443 Sports verbunden sind. Die Präsenz von queerfeindlichen Spruchbändern und Chören in  
444 Stadien vergiftet den Spaß am Sport für alle und schafft eine feindselige Atmosphäre,  
445 die niemandem zugutekommt.

446 In diesem Zusammenhang sollten Ansprechpersonen in den Stadien eingesetzt werden, die  
447 geschult und sensibilisiert sind, um die Sicherheit und das Wohlbefinden queerer Fans  
448 zu gewährleisten. Dies schließt auch die Zusammenarbeit mit Vereinen ein, um  
449 entschieden gegen jegliche Form von Diskriminierung vorzugehen, sei es in Form von  
450 Slogans, Liedern oder anderen beleidigenden Äußerungen. Diese Maßnahmen sind von  
451 entscheidender Bedeutung, um sicherzustellen, dass Sportstätten Orte sind, an denen  
452 sich alle Fans willkommen und respektiert fühlen können.

453 Besonders besorgniserregend ist auch die Vergabe von Sportwettbewerben wie der  
454 Fußball-Weltmeisterschaft an queerfeindliche Staaten. Es ist dringend erforderlich,  
455 dass internationale Sportorganisationen die Ausrichtung solcher Veranstaltungen  
456 sorgfältig prüfen und sicherstellen, dass sie in Ländern stattfinden, die die Rechte  
457 und die Sicherheit aller Teilnehmer\*innen, einschließlich queerer Sportler\*innen und  
458 Fans, gewährleisten können.

459 Doch auch jenseits vom Spitzensport gibt es großen Nachholbedarf für queere Personen  
460 im Sport: Queere Menschen, die nicht in die konstruierten binären  
461 Geschlechterkategorien "Mann" und "Frau" passen, finden in Sportstätten häufig keinen  
462 Zugang aufgrund der Situation von Umkleiden, Duschen und Toiletten. Aus diesem Grund  
463 müssen dringend mehr geschlechtsneutrale Einzelkabinen in Sportstätten geschaffen  
464 werden. Das ist nicht alleine für queere Personen, insbesondere TINA\* Personen  
465 wichtig, sondern auch über die queere Community hinaus ein wichtiger und überfälliger  
466 Schritt. Ob für Menschen mit körperbedingter Scham oder für Eltern mit Kindern, die  
467 ein anderes Geschlecht haben als sie selbst: Einzelbereiche sind wichtig für  
468 Menschen, die sich aus verschiedenen Gründen nicht vor anderen umziehen oder  
469 entkleiden möchten.

470 Im Schul- und Vereinssport erleben viele queere Menschen Traumata, die sie lebenslang  
471 begleiten. Um dem entgegenzuwirken müssen Übungsleiter\*innen und Lehrkräfte für  
472 queere Themen sensibilisiert werden. Vereine, die sich besonders engagieren, indem  
473 sie queere ((mehrfach)marginalisierte) Sportler\*innen fördern, sollen dafür Anreize  
474 und finanzielle Unterstützung erhalten.

475 Ein besonderes Augenmerk muss im Sport auf trans und inter Sportler\*innen gelegt  
476 werden. Hier fordern wir in einem ersten Schritt ein Ende der Diskriminierung eben  
477 jener Menschen im zweigeschlechtlich aufgeteilten Wettkampfsport. Diese  
478 Diskriminierung trifft oftmals transfeminine Personen und trans Frauen, die an  
479 Frauenwettkämpfen teilnehmen. Hier müssen faire Möglichkeiten geschaffen werden, um  
480 trans Frauen in ihrer Geschlechtsidentität anzuerkennen und sie am Sport teilnehmen  
481 zu lassen.

## 482 9. Internationales und Menschenrechte

### 483 a. Menschenrechte

484 Für uns ist klar: queere Rechte sind Menschenrechte. Wir bekennen uns zu den  
485 Yogyakarta-Prinzipien (+10) und setzen uns als Arbeitsgemeinschaft für die  
486 Anerkennung queerer Rechte auch über Deutschland und Europa hinaus ein.

487 Wir wollen uns verstärkt für Aktivist\*innen einsetzen, die aufgrund ihres  
488 unermüdlichen Engagements für die LSBTIQ\*-Rechte in ihren Ländern diskriminiert und  
489 verfolgt werden. Ihnen muss Schutz gewährt und sie müssen mit den notwendigen  
490 Ressourcen und Netzwerken versorgt werden, um ihren Einsatz fortsetzen zu können.

491 Diese Forderung nach Schutz gilt natürlich nicht nur für Aktivist\*innen, sondern für  
492 alle queeren Geflüchteten. Queere Geflüchtete erleben neben der  
493 Diskriminierungserfahrung als Migrant\*in zusätzlich eine Diskriminierung aufgrund der  
494 sexuellen Orientierung und/oder geschlechtlichen Identität und bedürfen deshalb  
495 besonderem Schutz. Sie müssen gut und sicher untergebracht werden: geeignete  
496 Schutzräume, Zugang zu queersensiblen Übersetzer\*innen und eine gute  
497 Gesundheitsversorgung müssen ihnen garantiert werden. Außerdem müssen  
498 Mitarbeiter\*innen in Flüchtlingsunterkünften für den Umgang mit queeren Geflüchteten  
499 verstärkt sensibilisiert und geschult werden. Gleichzeitig fordern wir,  
500 asylverfahrensbegleitende Angebote, wie bspw. einen Rainbow Refugee Support,  
501 bundesweit finanziell und ideell langfristig zu stärken. Die sexuelle Orientierung  
502 und die Geschlechtsidentität müssen als Fluchtgrund umfassend anerkannt werden und  
503 einen Aufenthaltstitel begründen.

#### 504 b. Europa

505 Das Bekenntnis der Europäischen Union zu queeren Rechten, die EU-Grundrechtecharta  
506 und die Erklärung, eine "LGBTIQ Freedom Zone" zu sein, dürfen keine ist dabei von  
507 essentieller Bedeutung. Regenbogenfamilien müssen geschützt werden.

508 Wir fordern die bundesdeutschen Vertreter\*innen der SPD im europäischen Parlament  
509 auf, sich besonders gegenüber den sozialdemokratischen Schwesterparteien sowie  
510 Verbündeten wie z.B. dem europäischen Gewerkschaftsbund queere Diskriminierung klar  
511 zu benennen und Maßnahmen dagegen zu ergreifen. Diskriminierung und Gewalt  
512 konfrontiert. Die EU muss sich hier klar zur LSBTIQ\*-Community bekennen und den  
513 rechtlichen Diskriminierungsschutz ausweiten. Die Strategie zur Gleichstellung von  
514 LSBTIQ\* in der EU muss konsequent umgesetzt, evaluiert und weiterentwickelt werden.  
515 Die EU sollte sich an den von ILGA Europe vorgeschlagenen Maßnahmen und Hinweisen  
516 orientieren und diese in ihre Umsetzung mit einbeziehen.

517 Der Rechtsruck in Europa ist eine große Gefahr für die queere Community. Wir sehen  
518 einen alarmierenden Trend in verschiedenen Mitgliedsstaaten wie Polen, Ungarn oder  
519 Italien, die Rechte der queeren Community immer weiter zu beschneiden und gegen sie  
520 zu hetzen. Auch auf europäischer Ebene muss die Brandmauer gegen Rechts stehen und  
521 die Sozialdemokratie ein Bollwerk sein, dass u.a. die queere Community schützt.

522 Die SPD muss sich auf europäischer Ebene für eine konsequente Verfolgung von  
523 Verstößen gegen die Menschenrechte im Bereich der queeren Rechte einsetzen. Besonders  
524 die Anerkennung von Familienstrukturen, die Vielfalt und Inklusion berücksichtigen,  
525 ist dabei von essentieller Bedeutung. Regenbogenfamilien müssen geschützt werden.

#### 526 c. Queerfeministische Außenpolitik

527 Wir begrüßen das Bekenntnis der Bundesregierung zu einer feministischen Außenpolitik.  
528 Für uns muss eine solche Außenpolitik jedoch auch intersektional und

529 queerfeministisch sein - queere Menschen müssen mitgedacht, mitgefördert und vor  
530 allem eben auch mitgeschützt werden.

531 Angelehnt an das Beispiel der USA soll es auch für die Bundesrepublik eine\*n  
532 Sonderbotschafter\*in für queere Themen und queere Rechte geben. Gleichzeitig sollen  
533 die deutschen Botschaften allgemein präsenter in Menschenrechtsfragen Stellung  
534 beziehen, insbesondere auch für die queere Community. Dazu gehört für uns auch der  
535 Standard, dass die Botschafter\*innen auf die lokalen Prides in ihren Einsatzländern  
536 gehen und dort durch ihre Präsenz die queere Community unterstützen und ggf. auch zu  
537 ihrem Schutz beitragen. Auch das Personal in den Botschaften muss für queere Themen  
538 und Belange sensibilisiert und entsprechend geschult werden. Ebenso soll das Mandat  
539 der\*s Unabhängigen Expert\*in der Vereinten Nationen zum Schutz vor Diskriminierung  
540 und Gewalt aufgrund der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität fortgeführt  
541 und dessen Kompetenzen ausgebaut werden.

542 Deutschland muss verstärkt den Austausch und die Kooperation mit internationalen  
543 queerpolitischen Organisationen und Akteur\*innen suchen, von ihnen lernen und sie in  
544 ihrer Arbeit fördern. Die Zusammenarbeit mit und die Unterstützung von progressiven  
545 Organisationen ist von großer Bedeutung, um eine starke und effektive Stimme für die  
546 queere Community zu bilden. Ein besonderes Augenmerk muss auf der Stärkung der  
547 Zivilgesellschaften vor Ort liegen.

548 Das LSBTI-Inklusionskonzept für die Auswärtige Politik und die  
549 Entwicklungszusammenarbeit muss konsequent weitergelebt, evaluiert und umgesetzt  
550 werden.

551

## **Empfänger\*in(nen):**

Bundesinnenministerin  
sozialdemokratische Mitglieder der Landesregierungen und der Landtage

## Antrag G01: Queere psychische Gesundheit fördern

Antragsteller*in:	SPDqueer Bezirksvorstand Hessen-Süd
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	G - Gesundheitspolitik

1 Vor allem seit Beginn der Pandemie ist klar geworden, dass Therapieplätze fehlen und  
2 zu wenig Kassensitze geschaffen werden. Schätzungsweise existiert ein Bedarf von 2400  
3 Kassensitzen für Psychotherapie. Tatsächlich geschaffen wurden seitdem aber lediglich  
4 800 Plätze. Queere Menschen leiden überdurchschnittlich häufig an psychischen  
5 Erkrankungen - etwa dreimal häufiger an Burn-Out Symptomen, 2,5-mal häufiger an  
6 Depressionen und doppelt so häufig an Schlafstörungen wie ihre cisheterosexuelle  
7 Vergleichsgruppe. Eine bessere psychotherapeutische Versorgung und dazu  
8 niedrigschwellige, psychologische Beratungsangebote kämen also insbesondere der queeren Community zugute.  
9 Deswegen fordern wir eine schnelle Anpassung der Anzahl der verfügbaren Kassensitze an den Bedarf.

10 Auf der anderen Seite werden transgeschlechtlichen Menschen unnötige Hürden gestellt  
11 – so ist vom Verband der Krankenkassen vorgesehen, dass sich Menschen mit dem Wunsch  
12 einer Geschlechtsangleichung mindestens sechs Monate in eine psychotherapeutische  
13 Behandlung begeben. Nur, wenn der Leidensdruck in diesem Zeitraum nicht anders  
14 therapierbar zu sein scheint, wird letztendlich die Empfehlung zu einer  
15 Geschlechtsangleichung vergeben. Das aktuelle, noch gültige Transsexuellengesetz  
16 (sic!) in Deutschland definiert Transgeschlechtlichkeit noch als psychische  
17 Erkrankung, obwohl selbst die Weltgesundheitsorganisation dies bereits aus ihrer  
18 Liste gestrichen hat. Dies verletzt das Recht auf körperliche Selbstbestimmung und  
19 entspricht auch nicht mehr den internationalen Standards.

20 Wir lehnen verpflichtende Psychotherapien zur Geschlechtsanpassung strikt ab und  
21 fordern stattdessen einen gesetzlichen Anspruch auf Kostenübernahme jeglicher  
22 geschlechtsangleichender Behandlung durch die Krankenkassen nach dem Grundsatz der  
23 sexuellen und körperlichen Selbstbestimmung, unter der Möglichkeit freiwilliger  
24 psychologischer Unterstützung. Auch Angehörige queerer Menschen, die selbst Probleme  
25 beim Thema „Coming-Out“ erfahren, verdienen einen besonderen Anspruch auf  
26 psychosoziale Beratung. Um diesen Bedarf zu decken, müssen sich Krankenkassen zur  
27 schnelleren Schaffung psychotherapeutischer Kassensitze insbesondere im ländlichen  
28 Raum verpflichten. Außerdem sollen Psychotherapeut\*innen sowie jegliches  
29 medizinisches Fachpersonal und Arbeitende im sozialen Bereich sowie deren  
30 Auszubildende für queere Lebensrealitäten und das Thema „Minderheitenstress“, welches  
31 als Erklärung vieler gesundheitlicher Probleme queerer Menschen herangezogen werden  
32 kann, verpflichtend sensibilisiert und geschult werden.

### Empfänger\*in(nen):

zurück an den Antragsteller

## Antrag G02: Flächendeckende PrEP Versorgung sicherstellen!

<b>Antragsteller*in:</b>	SPDqueer Landesvorstand Hamburg
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Empfehlung der Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	G - Gesundheitspolitik

1 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion und die Bundesregierung dazu auf, sich bei den  
2 Krankenkassen dafür einzusetzen, dass die Verschreibung der PrEP auch nach 2024  
3 weiterhin gefördert wird. Desweiteren soll evaluiert werden, inwiefern sich  
4 Community-Einrichtungen an der Informationsverteilung besonders auf dem Land  
5 beteiligen können. Des weiteren soll geprüft werden, ob eine Online-Zertifizierung  
6 für Ärzt:innen, die keine Schwerpunkt-Praxen haben, oder auch für Community-  
7 Einrichtungen, sinnvoll wäre, damit mehr Menschen erreicht werden können und die HIV-  
8 Infektionsrate noch weiter sinken kann. Wir fordern zudem die Aufnahme kostenloser  
9 und anlassloser HIV- und STI-Tests für alle in den Leistungskatalog der gesetzlichen  
10 Krankenkassen. Zur zusätzlichen Prävention fordern wir einen kostenfreien und  
11 niedrigschwelligen Zugang zu Verhütungsmitteln wie Kondomen und Lecktüchern. Wir fordern ein  
12 schnelleres und breiteres Eingreifen unseres öffentlichen Gesundheitssystems und die dafür  
13 notwendige Aufstockung ihrer Ressourcen. Auch bestehende Beratungsstellen sowie AIDS-Hilfen sollen  
14 von diesen Vorteilen profitieren

### Empfänger\*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion  
Bundesregierung

## Antrag G03: Prepare for PreP – Verhütung ist der beste Schutz

<b>Antragsteller*in:</b>	SPDqueer Bezirksvorstand Hessen-Süd
<b>Status:</b>	erledigt durch
<b>Empfehlung der Antragskommission:</b>	Erledigt durch G02
<b>Sachgebiet:</b>	G - Gesundheitspolitik

1 Seit 2019 besteht in Deutschland ein gesetzlicher Anspruch, von der  
2 Präexpositionsprophylaxe (PreP) gegen HIV kostenlos Gebrauch zu machen. Diese zeigte,  
3 wie in anderen Ländern bereits auch, einen hoch wirksamen Schutz vor einer HIV-  
4 Infektion bei sachgemäßer Einnahme. Die PreP ist eine effektive und sinnvolle Säule  
5 in der Bekämpfung von HIV und AIDS. Die erhobenen Daten zeigten leider auch, dass der  
6 komplizierte und langwierige Zugang dazu durch Schwerpunktzentren und Fachärzt\*innen  
7 insbesondere auf dem Land und die Angst vor Nebenwirkungen den Zugang zu dieser  
8 Therapie merklich erschwerten.

9 Wir fordern eine Ausweitung des PreP-Angebots (auch im allgemeinärztlichen Bereich)  
10 und die Aufnahme kostenloser und anlassloser HIV- und STI-Tests für alle in den  
11 Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen. Zur zusätzlichen Prävention, fordern  
12 wir einen kostenfreien und niedrigschwelligen Zugang zu Verhütungsmitteln wie  
13 Kondomen und Lecktüchern. Auch bestehende Beratungsstellen sowie AIDS-Hilfen sollen  
14 von diesen Vorteilen profitieren dürfen.

15 Warum solche präventiven Maßnahmen wichtig sind, zeigen uns Situationen wie der  
16 internationale Mpox-Ausbruch ("Affenpocken"): Auch hierbei handelte es sich um eine  
17 insbesondere durch sexuelle Netzwerke übertragene Infektionskrankheit, die jedoch  
18 durch die gängigen Safer-Sex Praktiken und Aufklärungsarbeit in ihrer Schwere  
19 deutlich reduziert werden konnte. Leider zeigte sich seitens der Gesundheitsämter  
20 jedoch Verbesserungspotenzial – sowohl bei der schleppenden Mobilisierung von  
21 Impfstoffen als auch bei Informationskampagnen, die vor allem durch die queere  
22 Community getragen wurden. Hier fordern wir ein schnelleres und breiteres Eingreifen  
23 unseres öffentlichen Gesundheitssystems und die dafür notwendige Aufstockung ihrer  
24 Ressourcen.

## Antrag G04: PreP muss weiter für alle zugänglich bleiben!

<b>Antragsteller*in:</b>	SPDqueer Landesvorstand Nordrhein-Westfalen
<b>Status:</b>	erledigt durch
<b>Empfehlung der Antragskommission:</b>	Erledigt durch A16
<b>Sachgebiet:</b>	G - Gesundheitspolitik

- 1 Die SPDqueer Bundeskonferenz fordert dazu auf, dass PreP (Präs-Expositions-
- 2 Prophylaxe) auch nach Ende 2023 breit zur Verfügung gestellt wird. Auch die Hürden
- 3 bei den Ärzt\*innen müssen entsprechend der Empfehlungen des RKI (aus 2020) gesenkt
- 4 werden.

### Empfänger\*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion SPDqueer-Bundesvorstand

## Antrag G05: Präventive Testung auf STI muss kostenfrei sein!

Antragsteller*in:	SPDqueer Landesvorstand Hamburg
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	G - Gesundheitspolitik

- 1 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion und die Bundesregierung dazu auf, eine
- 2 Möglichkeit zu finden Checkpoints und Gesundheitsämter zu finanzieren, sodass jede
- 3 Person sich dort kostenfrei und anonym auf alle STI (HIV, Hepatitis B und C,
- 4 Syphilis, Chlamydien, Gonorrhö) testen lassen kann. Hier muss geprüft werden, ob
- 5 entsprechende Haushaltsmittel des Bundes an die Kommunen verteilt werden können,
- 6 welche eine solche Testmöglichkeit anbieten wollen. Des weiteren ist es wichtig auch
- 7 eine Kampagne mitzufinanzieren um auf die Testmöglichkeit in der queeren Community
- 8 aufmerksam zu machen.

### Empfänger\*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion  
Bundesregierung

## Antrag G06: Zugang zu Misoprostol wieder herstellen!

<b>Antragsteller*in:</b>	SPDqueer Landesvorstand Berlin
<b>Status:</b>	zugelassen
<b>Empfehlung der Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	G - Gesundheitspolitik

Die SPDqueer-Bundeskonferenz möge beschließen:

- 1 Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Versorgung mit Misoprostol (MisoOne) in Deutschland
- 2 in den jeweils benötigten Dosierungen dauerhaft zu gewährleisten und so den Zugang zu
- 3 sicheren Schwangerschaftsabbrüchen zu ermöglichen.

### Empfänger\*in(nen):

Bundesregierung

## Antrag Z01: Eine wehrhafte Demokratie braucht politische Bildung

<b>Antragsteller*in:</b>	SPDqueer Landesvorstand Nordrhein-Westfalen
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Empfehlung der Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	Z - Zivilgesellschaft und Demokratie

- 1 Die SPDqueer widerspricht den aktuellen Plänen der Bundesregierung die Mittel für
- 2 politische Bildung im Etat der Bundeszentrale für politische Bildung sowie den
- 3 Mitteln für Demokratieförderung, u. a. Kinder und Jugendplan, im Etat des
- 4 Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu kürzen.
- 5 Die Bundeskonferenz der SPDqueer fordert den SPDqueer Bundesvorstand dazu auf, diese
- 6 Kürzungen gegenüber dem SPD-Parteivorstand und der SPD-Bundestagsfraktion zu
- 7 thematisieren und Verbesserungen zu erzielen. Der Bundesvorstand der SPDqueer
- 8 übernimmt eine eigene Presse- und Medienarbeit dazu.

### Empfänger\*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion SPDqueer Bundesvorstand  
SPD-Parteivorstand

## Antrag Z02: Keine Streichung von Mitteln bei der Bundeszentrale für politische Bildung

Antragsteller*in:	SPDqueer Landesvorstand Bayern
Status:	erledigt durch
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Z 01
Sachgebiet:	Z - Zivilgesellschaft und Demokratie

- 1 Der Bundesvorstand der AG SPDqueer wird sich mit Nachdruck dafür einsetzen, die im
- 2 Haushaltsentwurf geplante Streichung von rund 1/5 der Mittel (ca. 20 Millionen Euro)
- 3 für die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) zu verhindern.

### Empfänger\*in(nen):

SPDqueer Bundesvorstand

## Antrag Z03: Konkretisierung / Ergänzung im Aktionsplan „Queer Leben“

<b>Antragsteller*in:</b>	SPDqueer Landesvorstand Bayern
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Empfehlung der Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	Z - Zivilgesellschaft und Demokratie

- 1 Der Bundesvorstand der AG SPDqueer wird sich mit Nachdruck dafür einsetzen, dass der
- 2 Aktionsplan „Queer Leben“ des Bundes im Handlungsfeld „Sicherheit“ noch ergänzt bzw.
- 3 um Maßnahmen konkretisiert wird, die die Sensibilisierung und Schulung von
- 4 Polizist\*innen zu Queerfeindlichkeit und queerfeindlichen Handlungen vorsehen.

### Empfänger\*in(nen):

SPDqueer Bundesvorstand

## Antrag Z04: Pride was a riot!

<b>Antragsteller*in:</b>	SPDqueer Landesvorstand Nordrhein-Westfalen
<b>Status:</b>	Empfehlung der AK liegt vor
<b>Empfehlung der Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	Z - Zivilgesellschaft und Demokratie

Die SPDqueer-Bundeskonferenz möge beschließen:

- 1 Die SPDqueer Bundeskonferenz fordert die SPD-Bundestagsfraktion und den SPD-
- 2 Parteivorstand dazu auf, Mittel im Bundeshaushalt für CSD/Prides in bedarfsgerechter
- 3 Weise zur Verfügung zu stellen.

### **Empfänger\*in(nen):**

SPD-Bundestagsfraktion SPDqueer-Bundesvorstand

## Antrag Z05: Wurzeln im ländlichen Raum schaffen

<b>Antragsteller*in:</b>	SPDqueer Landesvorstand Nordrhein-Westfalen
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Empfehlung der Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	Z - Zivilgesellschaft und Demokratie

- 1 Die SPDqueer fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf Projekte zu identifizieren, die
- 2 aus dem Bundeshaushalt für LSBTIQ\*-Projekte im ländlichen Raum in bedarfsgerechter
- 3 Weise zur Verfügung gestellt werden können.

### Empfänger\*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

## Antrag Z06: Queer-Beauftragte braucht es in Bezirken und kreisfreien Städten

Antragsteller*in:	SPDqueer Landesvorstand Sachsen
Status:	überwiesen
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an den Bundesvorstand
Sachgebiet:	Z - Zivilgesellschaft und Demokratie

- 1 Wie die CSD-Kampagne der SPDqueer von 2022 so schon deutlich machte, gibt es nicht
- 2 nur in den Großstädten queeres Leben, sondern auch im ländlichen Raum. Viele Städte
- 3 haben bereits Queer-Beauftragte, die sich um die Belange von LSBTIQ\* in ihren
- 4 Kommunen kümmern, die Verwaltungen sowie Stadt- und Gemeinderäte beraten und
- 5 Anlaufstellen für kommunale Angestellte sowie Bürger\*innen in allen Fragen des
- 6 Diskriminierungsschutzes sind. Sie klären auf, beraten und stoßen wichtige Projekte
- 7 für mehr Sichtbarkeit und Akzeptanz an.
- 8 Wir fordern daher alle Fraktionen des SPD in den kommunalen Vertretungen dazu auf,
- 9 sich für die Benennung von Queer-Beauftragten in Bezirken und kreisfreien Städten
- 10 einzusetzen und damit ein wichtiges Zeichen für die Sichtbarkeit und Akzeptanz
- 11 queeren Lebens im ländlichen Raum zu setzen.

## Antrag Z07: Worte finden, rechten Demagog\*innen entgegen

<b>Antragsteller*in:</b>	SPDqueer Landesvorstand Nordrhein-Westfalen
<b>Status:</b>	erledigt durch
<b>Empfehlung der Antragskommission:</b>	Erledigt durch A29
<b>Sachgebiet:</b>	Z - Zivilgesellschaft und Demokratie

- 1 Die SPDqueer Bundeskonferenz fordert den SPDqueer Bundesvorstand dazu auf, geeignete
- 2 Materialien gegen rechte, queerfeindliche Stammtischparolen zu entwickeln.

### Empfänger\*in(nen):

SPDqueer Bundesvorstand

## Antrag Z08: Sport für alle Geschlechter zugänglich machen

<b>Antragsteller*in:</b>	SPDqueer Bezirksvorstand Hessen-Süd
<b>Status:</b>	erledigt durch
<b>Empfehlung der Antragskommission:</b>	Erledigt durch L01
<b>Sachgebiet:</b>	Z - Zivilgesellschaft und Demokratie

- 1 Sportstätten, die neu gebaut oder komplett saniert werden, müssen geschlechtsneutrale
- 2 Einzelbereiche Duschen, Toiletten und Umkleiden enthalten. Die anteiligen Kosten der
- 3 geschlechtsneutralen Einzelbereiche an den gesamten Bau-, Renovierungs- oder
- 4 Sanierungskosten werden von den Ländern finanziert.

## Antrag Z09: Safe Spaces erhalten

<b>Antragsteller*in:</b>	SPDqueer Landesvorstand Saar
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Empfehlung der Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	Z - Zivilgesellschaft und Demokratie

- 1 Deutschland hatte in den vergangenen Jahrzehnten eine vielfältige queere  
2 gastronomische Szene. Die gastronomische Szene war auch notwendig, denn queere  
3 Kneipen, Clubs und Saunen sind Safe Spaces für LGBTIQ\*. Die gesellschaftliche  
4 Diskriminierung machte es unmöglich, dass sich queere Menschen außerhalb der queeren  
5 Szene unbehelligt treffen konnten. Sie ermöglichten Selbstverständlichkeiten wie  
6 Kennenlernen, Händchenhalten oder Küssen und waren Rückzugsorte und  
7 gesellschaftliches Leben zugleich. Nicht erst seit Corona muss man jedoch  
8 feststellen, dass solche Safe Spaces vermehrt unter Druck stehen und die queeren  
9 gastronomischen und kulturellen Einrichtungen mehr und mehr schließen müssen.  
10 Während queerfeindliche Gewalt in den letzten Jahren wieder ansteigt, ist es umso  
11 gefährlicher, wenn diese Rückzugsorte und Safe Spaces schließen müssen. Schon jetzt  
12 trauen sich viele queere Menschen nicht mehr ohne Weiteres am gesellschaftlichen  
13 Leben teilzunehmen. Es kann nicht angehen, dass queere Menschen sich nur noch in die  
14 Online-Ecke gedrängt fühlen.
- 15 Auch außerhalb der Szene muss eine Infrastruktur geschaffen werden, in der sich  
16 queere Menschen wohl- und sicher fühlen können. Dies gilt auch für den Tourismus. Vor  
17 dem Hintergrund, dass queere Menschen in vielen Ländern grundsätzlich in Gefahr sind,  
18 sollte Deutschland die Sicherheit auch für queere Reisende steigern. Dazu sind z.B.  
19 Hotels notwendig, in denen sie sich sicher und willkommen fühlen; aufgedrängte  
20 Einzelzimmer und mangelnde Sensibilität mit queeren Menschen müssen der Vergangenheit  
21 angehören.
- 22 Daher fordern wir die Bundesregierung auf,  
23 - Eine Zertifizierung für queere und queerfreundliche Gastronomie und Hotellerie zu  
24 initiieren, die sämtliche Belange von Safe Spaces beinhaltet,  
25 - Programme der Wirtschaftsförderung solcher zertifizierten Betriebe zu schaffen, die  
26 finanzielle und logistische Hilfe beinhalten,  
27 - Förderprogramme gezielt für queere kulturelle Angebote.
- 28 Wir fordern die SPD-Fraktionen in den Landtagen auf, Solche Programme der  
29 Wirtschaftsförderungen auf Landesebene zu ergänzen  
30 Solche Programme in die jeweiligen Landesaktionspläne mitaufzunehmen.
- 31 Wir fordern Städte und Gemeinden auf, Marketingmaßnahmen zu ergreifen, sodass für  
32 Einheimische und Reisende solche Angebote niedrigschwellig zu erkennen sind.

### Empfänger\*in(nen):

Bundesregierung

## Antrag R01: Queere Menschen schützen: AGG Reform jetzt!

<b>Antragsteller*in:</b>	SPDqueer Landesvorstand Nordrhein-Westfalen
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Empfehlung der Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	R - Rechtspolitik

- 1 Die SPDqueer Bundeskonferenz fordert den SPDqueer Bundesvorstand dazu auf, mit der
- 2 ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER JURISTINNEN UND JURISTEN (ASJ)
- 3 Reformvorschläge für das AGG zu erarbeiten. Diese sollen in einem geeigneten Format
- 4 mit dem SPDqueer Bundesausschuss erörtert und eine gemeinsame Linie gefunden werden.
- 5 Anschließend soll eine Veranstaltung mit Zivilgesellschaft und queeren Verbänden
- 6 stattfinden.

### Empfänger\*in(nen):

SPDqueer Bundesvorstand

## Antrag R02: Diversity Management im öff. Dienst

<b>Antragsteller*in:</b>	SPDqueer Landesvorstand Nordrhein-Westfalen
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Empfehlung der Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	R - Rechtspolitik

- 1 Die SPDqueer Bundeskonferenz fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, eine
- 2 gesetzliche Grundlage zu schaffen, dass in allen Dienststellen ein\*e Diversity-
- 3 Beauftragte\*r einzusetzen. Dies soll auf ähnlicher Grundlage wie dem BLeiG erfolgen.
- 4 Dies ist als Ergänzung zu Gleichstellungsbeauftragten zu sehen.

### Empfänger\*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

## Antrag R03: Endlich Selbstbestimmung ermöglichen

<b>Antragsteller*in:</b>	SPDqueer Landesvorstand Nordrhein-Westfalen
<b>Status:</b>	zurückgezogen
<b>Empfehlung der Antragskommission:</b>	Erledigt durch Zeitablauf
<b>Sachgebiet:</b>	R - Rechtspolitik

- 1 Die SPDqueer\_Bundeskonferenz fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, endlich das
- 2 Selbstbestimmungsgesetz in den Bundestag einzubringen und dieses abschließend zu
- 3 beschließen. Der SPDqueer\_Bundesvorstand soll mediale Pressearbeit dazu machen, um
- 4 auch den Druck entsprechend zu erhöhen.

### Empfänger\*in(nen):

SPDqueer-Bundesvorstand SPD-Parteivorstand  
SPD-Bundestagsfraktion

## Antrag R04: Für eine inklusive Partner\*innenfreistellung

<b>Antragsteller*in:</b>	SPDqueer Landesvorstand Berlin
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Empfehlung der Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	R - Rechtspolitik

- 1 Die Bundesregierung wird aufgefordert, dass die geplante Regelung zum
- 2 „Vaterschaftsurlaub“ auf eine „Partner\*innenfreistellung“ ausgeweitet und somit
- 3 umbenannt wird, um sowohl gleichgeschlechtliche Paarbeziehungen anzuerkennen, als
- 4 auch die Möglichkeit der Freistellung für Partner\*innen von gebärenden Personen oder
- 5 die Benennung einer Person z.B. durch Alleinerziehende zu ermöglichen, welche nicht
- 6 an die biologische Erzeugerschaft gebunden ist.

### Empfänger\*in(nen):

Bundesregierung

## Antrag R05: Menstruationsbeschwerden ernstnehmen – für eine gesetzlich gesicherte Menstruationskrankschreibung!

Antragsteller*in:	SPDqueer Landesvorstand Berlin
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	R - Rechtspolitik

- 1 Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion und der Bundesregierung
- 2 werden aufgefordert, im Rahmen der Festlegung der humanmedizinischen Ausbildungsinhalte und
- 3 verpflichtenden ärztlichen Fortbildungen vertiefte Kenntnisse über einschränkende
- 4 Menstruationsbeschwerden zu verankern, sich dafür einzusetzen, dass menstruierende Personen
- 5 unkompliziert eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung bei Regelschmerzen erhalten können, solange
- 6 die Beschwerden bestehen und die Regelungen zum Kündigungsschutz gesetzlich derart anzupassen,
- 7 dass Krankschreibungen wegen Menstruationsbeschwerden oder verbundener Krankheiten nicht als
- 8 Kündigungsgrund aufgrund einer negativen Gesundheitsprognose herangezogen werden können.

### Empfänger\*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion  
Bundesregierung

## Antrag R06: Ausarbeitung Konzeptpapier der AG SPDqueer zum Thema Leihmutterschaft

Antragsteller*in:	SPDqueer Landesvorstand Bayern
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	R - Rechtspolitik

- 1 Der Bundesvorstand der AG SPDqueer wird beauftragt sich intensiv mit dem Thema
- 2 Leihmutterschaft zu beschäftigen und ein entsprechendes Konzeptpapier zu diesem Thema
- 3 auszuarbeiten, welches dem nächsten Bundesausschuss zur Beratung vorgelegt wird.

### Empfänger\*in(nen):

SPDqueer Bundesvorstand

## Antrag A01: Für ein humanes europäisches Asylrecht

<b>Antragsteller*in:</b>	SPDqueer Landesvorstand Saar
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Empfehlung der Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	A - Asyl- und Außenpolitik

- 1 Wir stehen zum Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte. Dieser fundamentale Satz  
2 aus dem Grundsatzprogramm der SPD ist Leitlinie unseres politischen Handelns. Wer vor  
3 Verfolgung oder Diskriminierung, seien sie staatlich oder nichtstaatlich oder auch  
4 geschlechtsspezifisch, fliehen muss, soll in Deutschland Schutz und Zuflucht,  
5 schließlich auch einen gesicherten Aufenthalt bekommen.
- 6 Bisher konnten queere Menschen aus Ländern mit allgemein geringer Anerkennungsquote  
7 hoffen, dass in den individuellen Asyl- oder notfalls Klageverfahren ihre  
8 Verfolgungserfahrung aufgrund der sexuellen Orientierung oder Identität anerkannt und  
9 ein Schutzstatus gewährt wurde. Dies bedurfte allerdings "einer sorgfältigen Prüfung  
10 ihres Asylbegehrens, die sich eingehend mit der Verfolgungssituation von LGBTIQ\*-  
11 Personen auseinandersetzt".
- 12 Genau dies wird durch die GEAS-Reform unmöglich. In Massenabfertigerungsverfahren in  
13 menschenunwürdigen Lagern können keine fairen Asylverfahren stattfinden. Die  
14 geplanten Grenzverfahren, die für Menschen aus vielen Ländern verpflichtend sein  
15 werden und zu einer direkten Ablehnung führen können, werden die individuellen  
16 Fluchtgründe gar nicht mehr berücksichtigen. Auch wird es in den geschlossenen  
17 Haftlagern kaum bis keine Möglichkeit für rechtliche Unterstützung und Zugang zu  
18 Rechtsmitteln geben - während die Lager selbst den besonderen Schutzbedürfnissen  
19 queerer Personen nicht annähernd gerecht werden.
- 20 Wir fordern daher die Bundesregierung und Bundestagsfraktion auf, dafür Sorge zu  
21 tragen, dass
- 22 - der Zugang zum individuellen Asylrecht nicht durch eine faktische Abschaffung des  
23 Asylrechts unterminiert wird: Weder durch die Einrichtung von Grenzverfahren an  
24 europäischen Außengrenzen und in Deutschland noch durch die Schaffung von „zentralen  
25 Ausreiseeinrichtungen“.
  - 26 - Sofern sich die Bundesregierung hier nicht durchsetzen kann, müssen LGBTIQ\*  
27 grundsätzlich von den Grenzverfahren ausgenommen werden.
  - 28 - Es muss ein Anspruch auf Rechtsbeistand bestehen und faktisch gewährleistet und so  
29 mindestens ein hinreichender Rechtsschutz geregelt sein.
  - 30 - Asylverfahren dürfen nicht in Drittstaaten ausgelagert werden! Es ist undenkbar,  
31 dass Asylverfahren, die in der Ferne auf dem Territorium eines anderen Staates  
32 stattfinden, rechtsstaatlichen Maßstäben genügen.
  - 33 - Keine Migrationsabkommen mit Staaten, die Menschen- und Flüchtlingsrechte nicht  
34 gewährleisten oder LGBTIQ+ kriminalisieren.
  - 35 - Keine Ausweitung des Konzepts der „sicheren Drittstaaten“ durch eine Senkung der  
36 völkerrechtlichen Standards und bei Staaten, die LGBTIQ+ kriminalisieren oder für sie  
37 nicht sicher sind.

**Empfänger\*in(nen):**

SPD-Bundestagsfraktion  
Bundesregierung

## Antrag A02: Queer Refugees Welcome! Für eine Reform der Geflüchtetenpolitik

Antragsteller*in:	SPDqueer Landesvorstand Berlin
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	A - Asyl- und Außenpolitik

1 Die SPDqueer Bundeskonferenz fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf eine grundlegende  
2 Reform der Geflüchtetenpolitik besonders mit Blick auf LSBTQIA\*-Geflüchtete zu  
3 initiieren. Hierzu sollen die SPD-Abgeordneten von Bund und Land sich für eine Reform  
4 der notwendigen Gesetze einsetzen, die folgende Maßnahmen enthält:

5 1. § 3 Absatz 1 Nummer 1 des Asylgesetzes soll klarstellend um die "sexuelle  
6 Orientierung" und "Geschlechtsidentität" als Gründe der Flucht vor Verfolgung ergänzt  
7 werden. Mit der Aufnahme der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität ins  
8 Asylgesetz wird die nationale Gesetzgebung an die Richtlinie 2011/95/EU angepasst,  
9 die diese Verfolgungsgründe bereits anerkennt.

10 2. Für alle Mitarbeitenden von Ämtern, Behörden und Aufnahmeeinrichtungen sollen  
11 Sensibilisierungsprogramme zum Umgang mit LSBTQIA\*-Geflüchteten verpflichtend  
12 angeboten werden. Diese Sensibilisierungsprogramme sollen in Zusammenarbeit mit  
13 entsprechenden zivilgesellschaftlichen Organisationen eingerichtet werden.

14 3. Bundesweit soll ein behördenunabhängiges Asylberatungssystem eingerichtet werden.  
15 Die Beratungen sollen hierbei u.a. als Einzelgespräche zur Verfügung stehen. Darüber  
16 hinaus müssen die Beratungsangebote niedrigschwellig und flächendeckend angeboten  
17 werden und vor behördlichen Anhörungen wahrnehmbar sein. Die Einrichtung eines  
18 behördenunabhängigen Asylberatungssystems kommt der in Richtlinie 2013/33/EU  
19 festgeschriebenen Verpflichtung nach, Geflüchtete im Asylprozess über ihre Rechte und  
20 mögliche Rechtsberatungsstellen zu informieren. Dabei gewährleistet das Angebot von  
21 Einzelgesprächen, dass queere Menschen nicht vor Dritten ein Zwangsoouting erleben  
22 müssen. Frühzeitige Beratungsangebote gewährleisten zudem, dass die Asylsuchenden  
23 rechtzeitig über die eigenen Rechte aufgeklärt werden.

24 4. Sogenannte Ankerzentren werden abgeschafft und durch dezentrale Unterbringungen  
25 ersetzt.

26 5. In allen Aufnahmeeinrichtungen muss Zugang zu rechtlicher, gesundheitlicher und  
27 psychologischer Betreuung für LSBTQIA\*- Geflüchtete gewährleistet werden. Zudem  
28 müssen weitere Aufnahmeeinrichtungen speziell für LSBTQIA\*-Geflüchtete geschaffen  
29 werden.

30 6. Alle Kommunen werden insbesondere verpflichtet, Wohnraum für LSBTQIA\*-Geflüchtete  
31 bereitzustellen. Ausreichende Mittel werden zentral zweckgebunden zur Verfügung  
32 gestellt. Hierbei soll in jedem Fall jeweils Gruppen- und Einzelunterbringung  
33 grundsätzlich gewährleistet sein. Diese Wohnungen werden entweder von  
34 Fachträger\*innen der queeren Wohnhilfe oder der Queerarbeit verwaltet oder von  
35 explizit hierfür zu schulendem Fachpersonal kommunaler Trägerschaften. Der  
36 Gesetzgeber legt Fristen zur Einrichtung und ihrer Kontrolle fest, sodass die  
37 Nichterfüllung dieser Aufgabe durch die Kommunen verhindert werden kann. Eine

- 38 Einrichtung zu Lasten expliziten Wohnens bspw. für junge Geflüchtete oder flüchtende  
39 Frauen findet nicht statt.  
40 7. Abschiebungen dürfen nicht weiter durchgeführt werden. Abschiebungen sind ein  
41 inhumanes Mittel der Geflüchtetenpolitik, wodurch Menschen häufig in  
42 lebensbedrohliche Situationen gebracht werden. Da ein Verfolgungsgrund aufgrund der  
43 sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität niemals ausgeschlossen werden kann,  
44 sind alle Abschiebungen abzulehnen.

**Empfänger\*in(nen):**

SPD-Bundestagsfraktion

## Antrag A03: Zusammenarbeit mit queerfeindlichen Staaten in der Entwicklungshilfe

<b>Antragsteller*in:</b>	SPDqueer Landesvorstand Bayern
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Empfehlung der Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	A - Asyl- und Außenpolitik

- 1 Der Bundesvorstand der AG SPDqueer wird sich bei der Bundesregierung, hier
- 2 insbesondere bei dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
- 3 Entwicklung (BMZ), dafür einsetzen, dass bei der Gewährung von Entwicklungshilfe an
- 4 Staaten mit queerfeindlichen Gesetzen, mit den jeweiligen Regierungen der intensive
- 5 Dialog gesucht wird, um die Sicherheit und den Schutz queerer Menschen zu verbessern.
- 6 Zugleich wird das BMZ aufgefordert Förderprogramme zu schaffen, mit denen die Arbeit
- 7 von queeren Organisationen /Aktivist\*innen vor Ort unterstützt wird.

### Empfänger\*in(nen):

SPDqueer Bundesvorstand

## Antrag B01: Für einen bessern Umgang mit Queeren Kindern und Jugendlichen

Antragsteller*in:	SPDqueer Landesvorstand Saar
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	B - Bildungspolitik

- 1 In allen Schulformen hat sich die Situation von queeren Kindern und Jugendlichen in  
2 den letzten Jahren verändert. Nach Lockdown, Home Schooling und Distanzunterricht,  
3 trauen sich immer mehr junge queere Menschen, offen über ihre sexuelle oder  
4 geschlechtliche Orientierung im schulischen Kontext zu sprechen.  
5 Lehrkräfte und Schoolworker müssen auf diese neuen Voraussetzungen eingehen und  
6 empowernd zur Seite stehen. Daher ist eine Förderung von queeren Aufklärungs- und  
7 Beratungsprojekten unbedingt zu fördern. Die Errichtung von Ansprechpartner\*innen für  
8 queere Menschen in Schulen und die Unterstützung des Aufbaus von Queer AGs im  
9 schulischen Kontext muss vorangetrieben werden.
- 10 Auch muss im schulischen Alltag die Sichtbarkeit queerer junger Menschen gefördert  
11 werden: sei es durch die Aufnahme queerer Themen in Schulbüchern und  
12 Unterrichtsmaterialien oder durch die Verankerung einer queerfreundlichen Haltung im  
13 Leitbild der Schule. Besonders der Umgang mit Trans\*Menschen muss verbessert und  
14 gefördert werden. Eine geschlechtergerechte Sprache, Unisex Toiletten und eine  
15 Sensibilisierung von Lehrkräften ist unabdingbar.
- 16 Wir fordern daher, die KMK wie folgt zu befassen: LGBT\* Themen in Lehrbüchern,  
17 Prüfungsaufgaben und Arbeitsmaterialien müssen berücksichtigt werden.
- 18 - Queere Bildungsprojekte und Beratungsangebote für LGBT\* weiter zu fördern
  - 19 - Schulen bei der Errichtung von Queer AGs unterstützt werden, sowie die Lehrkräfte
  - 20 für die
  - 21 - Besonderheiten im Umgang mit queeren Menschen zu sensibilisieren.
  - 22 - Die Schaffung eines Leitfadens für Lehrkräfte für den Umgang mit Trans\*Jugendlichen
  - 23 verbindlich eingeführt wird; dieser soll Ansprache, Einteilung bei schulischen
  - 24 Aktivitäten und
  - 25 Namen auf Zeugnisse und Dokumenten regeln.
  - 26 - Die Errichtung von Unisex-toiletten zu fördern ist.
  - 27 - Ein Siegel für queerfreundliche Schulen angestrebt und vergeben wird.

## Antrag 001: Wissen teilen und Diskurse ermöglichen

<b>Antragsteller*in:</b>	SPDqueer Landesvorstand Nordrhein-Westfalen
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Empfehlung der Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	O - Organisationspolitik

- 1 Die SPDqueer Bundeskonferenz fordert den SPDqueer Bundesvorstand dazu auf, dass er
- 2 für alle erfolgten Beschlüsse eine Entscheidungsdatenbank entwickelt. In dieser sollen
- 3 alle erfolgten Beschlüsse seit Gründung der AG Schwusos mit Stichwort und Sachgebiet
- 4 hinterlegt werden. Wenn dies abgeschlossen ist, soll der SPDqueer Bundesvorstand sich
- 5 gegenüber dem SPD-Parteivorstand einsetzen, dass eine Entscheidungsdatenbank für
- 6 Beschlüsse des Bundesparteitags und des Parteikonvents erarbeitet wird.

### Empfänger\*in(nen):

SPDqueer-Bundesvorstand SPD-Parteivorstand

## Antrag O02: Bundeskonferenzen der AGs wieder zweitägig

<b>Antragsteller*in:</b>	SPDqueer Bezirksvorstand Hessen-Nord
<b>Status:</b>	überwiesen
<b>Empfehlung der Antragskommission:</b>	Überweisung an den Bundesvorstand
<b>Sachgebiet:</b>	O - Organisationspolitik

- 1 Der SPD-Parteivorstand wird aufgefordert, die Regelung in den Grundsätzen und
- 2 Richtlinien für die Tätigkeiten der Arbeitsgemeinschaften in der SPD, beschlossen am
- 3 8. Juni 2020 soweit zu ändern, dass die Arbeitsgemeinschaften ihre Bundeskonferenzen
- 4 im eigenen Ermessen wieder als eine zweitägige Veranstaltung durchführen können.

## Antrag Ini01: Awarenesskonzept auf Bundesebene der SPDqueer schaffen

Antragsteller*in:	SPDqueer Landesvorstand Thüringen
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge

1 Der SPD-Bundesvorstand wird aufgefordert, ein Awarenesskonzept für die  
2 gesamte Sozialdemokratische Partei Deutschlands zu erarbeiten. Neben dem Awarenesskonzept des  
3 Bundesvorstandes, ist der Bundesvorstand der SPDqueer aufgefordert, ein eigenes Awarenesskonzept  
4 für die Arbeit in unserer Arbeitsgemeinschaft, für Veranstaltungen und Christopher-Street-Days zu  
5 entwickeln.

6 Dabei werden die Landesverbände und Bezirke sowie Expert\*innen in einer Awareness-  
7 Arbeitsgruppe einbezogen. Im Rahmen des Erarbeitungsprozesses soll eine Umfrage bei  
8 den Mitgliedern zur Situations- und Problemanalyse durchgeführt werden. Ein erster  
9 Entwurf des Awarenesskonzeptes wird auf der nächsten regulären Sitzung des  
10 Bundesausschusses vorgestellt und abgestimmt.

11 Das Konzept sollte folgendes beinhalten:

- 12 - Einführung in Grundsätzliches zum Thema Awareness inklusive Begriffsdefinitionen
- 13 - Aufgaben und Aufbau der Awarenessstruktur
- 14 - Grenzen des Awarenesskonzeptes
- 15 - Leitfäden für Awarenessbeauftragte (bspw. zur Gesprächsführung und Handlung  
16 gegenüber Betroffenen und Täter\*innen)
- 17 - Angestrebte Bildungsangebote der SPDqueer

18 Das Awarenesssteam soll folgende Anforderungen erfüllen:

- 19 - Schaffung eines Awarenessteams aus Mitgliedern des Bundesvorstandes, der  
20 Landesvorstände sowie von Mitgliedern der Basis ohne AG-Amt
- 21 - Das Awarenesssteam sollte aus mindestens 50 % FLINTA\* Personen bestehen. Es wird  
22 angestrebt, die Diversität der Gesellschaft widerzuspiegeln.
- 23 - Innerhalb des Konzeptes dürfen keine hierarchischen Abhängigkeiten bestehen, um  
24 Machtausübung zu vermeiden (bspw. dürfen keine SPDqueer-Bundesvorsitzenden, Landtags-  
25 oder Bundestagsabgeordnete Teil des Awarenessteams sein)

## Antrag Ini02: Debatte zum Thema Leihmutterschaft führen

<b>Antragsteller*in:</b>	SPDqueer Landesvorstand Thüringen
<b>Status:</b>	zugelassen
<b>Empfehlung der Antragskommission:</b>	Zurückgestellt
<b>Sachgebiet:</b>	Ini - Initiativanträge

Die SPDqueer-Bundeskonferenz möge beschließen:

- 1 Die SPDqueer muss eine intensive Debatte zum Thema Leihmutterschaft führen. Der
- 2 Bundesvorstand der SPDqueer wird dazu aufgefordert, das Thema auf (einer)
- 3 Mitgliederkonferenz(en) und in Fachgesprächen zu diskutieren und zu erarbeiten. Bis
- 4 Ende des Jahres 2023 soll ein entsprechendes Positionspapier erarbeitet werden.

### Empfänger\*in(nen):

SPDqueer-Bundesvorstand

## Antrag Ini03: Ostdeutsche Straßen nicht den Rechten überlassen!

<b>Antragsteller*in:</b>	SPDqueer Landesvorstand Thüringen
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Empfehlung der Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	Ini - Initiativanträge

- 1 Der Bundesvorstand der SPDqueer wird folgende Maßnahmen ergreifen:
- 2 • Material bzw. eine Kampagne gegen Rechts wird konzipiert. Hierfür sollen u. a. Argumentationskarten zur
- 3 Entkräftung rechter Parolen und Falschinformationen entstehen.
- 4 • Kreative Aktions- und Veranstaltungsideen werden zusammengetragen, welche auf CSD und im Rahmen
- 5 einer Veranstaltungswoche mit geringem Aufwand umgesetzt werden können.
- 6 • Für Veranstaltungen wird eine inhaltliche Grundlage, bspw. in Form einer Musterpräsentation,
- 7 bereitgestellt.
- 8 • Es wird eine Plattform für Mitglieder und Interessierte zur Diskussion und Mobilisierung zum Thema
- 9 „gegen Rechts“ geschaffen (bspw. zur Kommunikation von Terminen und Aktionen oder zur
- 10 Ermöglichung von Couchsurfing).
- 11 • Speziell für die drei Landesverbände, in denen 2024 Landtagswahlen stattfinden, wird die Möglichkeit
- 12 einer besonderen finanziellen Unterstützung für betroffene Landesverbände geprüft.

## Antrag Ini04: SPDqueer Wiki auf Bundesebene einführen

<b>Antragsteller*in:</b>	SPDqueer Landesvorstand Thüringen
<b>Status:</b>	zugelassen
<b>Empfehlung der Antragskommission:</b>	Zurückgestellt
<b>Sachgebiet:</b>	Ini - Initiativanträge

Die SPDqueer-Bundeskonferenz möge beschließen:

- 1 Der SPDqueer Bundesvorstand wird in Zusammenarbeit mit dem Willy-Brandt-Haus in einem
- 2 digitalen Antrags- und Informationsverzeichnis (SPDqueer Wiki) zeitnah alle
- 3 beschlossenen Anträge der letzten Bundeskonferenzen, Positionspapiere des
- 4 Bundesvorstandes, offene Fragestellungen und Lösungsansätze nach Themen und Jahr
- 5 sortiert sowie inklusive Stichwortsuche, aufführen sowie diese regelmäßig mit einem
- 6 Update zur Umsetzung versehen. Außerdem werden verschiedene Aspekte der SPDqueer,
- 7 beispielsweise die Organisation oder die Geschichte erarbeitet und im SPDqueer Wiki
- 8 veröffentlicht. Die Möglichkeit einer niedrigschwelligen Einbindung der Beschlusslage
- 9 der Landesebene wird geprüft. Das Verzeichnis wird in die Website der SPDqueer
- 10 eingebunden.

## Antrag Ini05: Trans\*liberation now: Elf Forderungen für ein echtes Selbstbestimmungsgesetz

Antragsteller*in:	SPDqueer Landesvorstand Berlin
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge

1 Wir begrüßen und unterstützen die Pläne der Ampel-Koalition, ein modernes  
2 Selbstbestimmungsgesetz zu schaffen. Damit rückt die lange überfällige Abschaffung  
3 des entwürdigenden „Transsexuellengesetzes“ (TSG) endlich näher. Wir unterstützen  
4 ausdrücklich, dass die Anpassung von Vornamen und Geschlechtseintrag künftig in einem  
5 einfachen Verfahren vor dem Standesamt ohne vorherige Zwangsgutachten oder  
6 Zwangsberatungen möglich sein soll.

7 Der am 23. August 2023 – nach langer Verzögerung – auf Vorschlag des Bundesfamilien-  
8 und des Bundesjustizministerium endlich vom Bundeskabinett beschlossene Entwurf  
9 bleibt jedoch deutlich hinter einem echten Selbstbestimmungsgesetz zurück, wie es von  
10 den drei Ampel-Parteien seit Jahren gefordert und im Koalitionsvertrag vereinbart  
11 worden ist. Berechtigte Kritik aus Verbänden und der queeren Community ist nicht  
12 aufgegriffen worden. Einzelne Formulierungen – zum Beispiel die Aussagen zu Hausrecht  
13 und Vertragsfreiheit – haben sich gegenüber dem Referentenentwurf sogar noch  
14 verschlechtert.

15 Wir teilen den Eindruck aus der queeren Community, dass der Entwurf von Misstrauen  
16 und unbegründeten Ängsten gegenüber trans\* Menschen geprägt ist. Vielfach werden  
17 unbegründete Narrative bedient, die insbesondere aus rechten Kreisen vorgebracht  
18 werden, welche eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe von trans\* Personen  
19 und anderen queeren Menschen ganz grundsätzlich ablehnen.

20 Wir stellen uns solchen Versuchen entschieden entgegen, das eigentliche Ziel des  
21 Gesetzes in den Hintergrund treten zu lassen – nämlich Diskriminierung abzubauen und  
22 das Grundrecht auf geschlechtliche Selbstbestimmung zu verwirklichen. Wir rufen die  
23 sozialdemokratischen Mitglieder von Bundestag und Bundesregierung, aber auch die  
24 federführenden Ministerien für Familie und Justiz dazu auf, der Diskriminierung von  
25 trans\* Menschen klar und unmissverständlich entgegenzutreten und zu widersprechen,  
26 wenn auf Kosten von trans\* Menschen Ängste geschürt werden.

27 Insbesondere nehmen wir die Sorge ernst, dass der Diskriminierungsschutz für trans\*  
28 und nichtbinäre Menschen durch unklare und unnötige Ausführungen im Gesetzentwurf –  
29 beispielsweise zum „Hausrecht“ und zur Vertragsfreiheit, insbesondere zu Toiletten  
30 und Umkleiden – geschwächt werden könnte. Im nun anstehenden parlamentarischen  
31 Verfahren muss zweifelsfrei geklärt werden, dass das Selbstbestimmungsgesetz die  
32 Situation von trans\*, nichtbinären und intergeschlechtlichen Menschen verbessern und  
33 an keiner Stelle verschlechtern wird.

34 Wir fordern die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen  
35 Mitglieder der Bundesregierung auf, für eine schnelle Verabschiedung des  
36 Selbstbestimmungsgesetzes einzutreten und sich in den weiteren Beratungen für die  
37 Anpassung jeglicher Teile des Selbstbestimmungsgesetzes einzusetzen, welche zur

38 Verschlechterung der Situation von trans\*, nichtbinären und intergeschlechtlichen  
39 Personen führen können.

40 Damit nicht Ängste und Misstrauen, sondern gleichberechtigte gesellschaftliche  
41 Teilhabe und der Abbau von Diskriminierung im Mittelpunkt stehen, bedarf es  
42 insbesondere folgender Verbesserungen und Klarstellungen:

43 1. Dass die Anpassung von Vornamen und Geschlechtseintrag durch eine dreimonatige  
44 Warteperiode ab Anmeldung beim Standesamt künstlich verzögert werden soll, lehnen wir  
45 ab. Insbesondere intergeschlechtliche Personen würde dies eine Verschlechterung zur  
46 aktuellen Rechtslage bedeuten. Die überflüssige Pflicht zur vorherigen Anmeldung ist  
47 ersatzlos zu streichen. Auch für die einjährige Sperrfrist gibt es keinen sachlichen  
48 Grund; sie sollte ebenfalls gestrichen werden.

49 2. Es ist sicherzustellen, dass der Schutz von trans\*, nichtbinären und  
50 intergeschlechtlichen Menschen vor Diskriminierung nicht eingeschränkt, abgeschwächt  
51 oder verwässert wird. Wir unterstützen die Klarstellung durch die Unabhängige  
52 Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung, dass es pauschale Ausschlüsse von Menschen  
53 wegen ihrer geschlechtlichen Identität – ob im Job, auf dem Wohnungsmarkt oder in der  
54 Sauna – auch in Zukunft nicht geben darf. Um Rechtsunsicherheit an dieser Stelle  
55 auszuschließen, ist die im Entwurf enthaltene Regelung zum „Hausrecht“ und zur  
56 Vertragsfreiheit ersatzlos zu streichen oder um eine Klarstellung zu ergänzen, dass  
57 die Regelungen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) ungeschmälert  
58 weiterhin Geltung haben. Auch die Regelung zur Bewertung sportlicher Leistungen ist  
59 überflüssig und sollte gestrichen werden.

60 3. Die Erklärungen zur Änderung von Namen und Geschlechtseintrag müssen an jedem  
61 Standesamt abgegeben werden können. Es wäre nicht zumutbar, wenn Menschen nur für die  
62 Abgabe dieser Erklärung das Standesamt ihrer Geburt aufsuchen müssten.

63 4. Auch bei Minderjährigen unter 14 Jahren soll das Familiengericht eine am  
64 Kindeswohl orientierte Entscheidung treffen können, wenn die Sorgeberechtigten die  
65 Zustimmung zur Anpassung von Namen oder Geschlechtseintrag verweigern, oder bei  
66 Meinungsverschiedenheiten die Entscheidung einem Elternteil übertragen können. Hierzu  
67 ist die mehrdeutige Formulierung im Gesetzentwurf, dass die Erklärung „nur“ vom  
68 gesetzlichen Vertreter abgegeben werden kann, anzupassen oder ein klarstellender  
69 Verweis auf die allgemeinen familienrechtlichen Regelungen aufzunehmen. Im  
70 familiengerichtlichen Verfahren ist sicherzustellen, dass ein\*e Verfahrensbetreuer\*in  
71 bestellt wird, die mit der Situation und den Bedürfnissen von trans\* und nichtbinären  
72 Menschen vertraut ist.

73 5. Bei Minderjährigen ist das Verfahren altersunabhängig so zu gestalten, dass diese  
74 die Erklärung zur Änderung von Namen und Geschlechtseintrag selbst abgeben, wie es im  
75 Entwurf bereits für Minderjährige ab 14 Jahren vorgesehen ist. Das Erfordernis der  
76 elterlichen Zustimmung oder der Zustimmung des Familiengerichts bleibt davon  
77 unberührt.

78 6. Das Standesamt soll von Amts wegen das Familiengericht anrufen, wenn ein\*e  
79 Minderjährige\*r die Anpassung von Namen und Geschlechtseintrag verlangt und die  
80 Sorgeberechtigten auch nach Aufforderung durch das Standesamt keine Zustimmung  
81 erteilen, um zu klären, welches Vorgehen im Sinne des Kindeswohls geboten ist.

82 7. Auch im Sinne der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention müssen sowohl die  
83 Sorgeberechtigten als auch das Familiengericht verpflichtet sein, die Wünsche eines  
84 minderjährigen Kindes bezüglich des eigenen Namens und Geschlechtseintrags vorrangig

85 zu berücksichtigen. Bei entsprechender Reife muss die Entscheidung in das  
86 Selbstbestimmungsrecht des Kindes fallen. Daher muss auch die pauschale Altersgrenze  
87 für eine eigenständige Entscheidung ohne Beteiligung der Eltern abgesenkt werden.  
88 8. Die im Zusammenhang mit dem Offenbarungsverbot vorgesehene Bußgeldvorschrift ist  
89 anzupassen, sodass es nicht darauf ankommt, ob eine konkrete Schädigung der  
90 betroffenen Person beabsichtigt war. Andernfalls besteht die Gefahr, dass das  
91 Offenbarungsverbot völlig ins Leere läuft und dies als „Freifahrtschein“ für  
92 trans\*feindliche Äußerungen verstanden wird. Vorhandene Schutzlücken müssen  
93 geschlossen werden.

94 9. Die Sonderregelungen für den Verteidigungsfall sind kritisch zu überprüfen, ob sie  
95 wirklich erforderlich sind, um Missbrauch zu verhindern. Zumindest sollte die  
96 Vorlauffrist von zwei Monaten vor Eintritt des Verteidigungsfalls deutlich verkürzt  
97 und die Regelung um eine Härtefallklausel ergänzt werden, um sicherzustellen, dass in  
98 evident nicht missbräuchlichen Fällen die Anpassung des Geschlechtseintrags weiterhin  
99 möglich bleibt.

100 10. Dass trans\* Eltern in der Geburtsurkunde ihrer Kinder künftig als „Elternteil“  
101 bezeichnet werden können, bedeutet zwar einen Fortschritt gegenüber der aktuellen  
102 Rechtslage, die eine Bezeichnung nach dem unzutreffenden Geschlecht vorsieht  
103 („Mutter“ für trans\* Männer, „Vater“ für trans\* Frauen). Dass die neutrale  
104 Formulierung „Elternteil“ nur für trans\* Elternteile vorgesehen ist, würde allerdings  
105 praktisch zu einem Zwangsoouting führen. Daher sollte die Möglichkeit geschaffen  
106 werden, dass trans\* Elternteile in der Geburtsurkunde ihrem Geschlechtseintrag  
107 entsprechen als „Mutter“ oder „Vater“ bezeichnet werden, die Formulierung "Elternteil" soll  
für nichtbinäre Eltern jedoch weiter zur Verfügung stehen.

108 11. Der Geschlechtseintrag muss in jedem offiziellen Dokument in Deutschland nach dem  
109 Selbstbestimmungsgesetz geändert werden können. Dies muss für alle Personen ohne  
110 deutsche Staatsangehörigkeit gelten, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland  
111 haben. Die gegenüber dem Referentenentwurf vorgenommene Einschränkung auf Personen  
112 mit unbefristetem Aufenthaltsrecht, verlängerbarer Aufenthaltserlaubnis oder Blauer  
113 Karte EU ist zu streichen.

114 Um trans\* und nichtbinäre Menschen zu unterstützen und in die Lage zu versetzen, ihr  
115 Selbstbestimmungsrecht in Anspruch zu nehmen, ist die im ursprünglichen  
116 Eckpunktepapier von Bundesfamilien- und -justizministerium vorgesehene Stärkung von  
117 Beratungsangeboten besonders wichtig. Insbesondere für Minderjährige sind  
118 niedrigschwellige spezialisierte Anlauf- und Beratungsstellen auszubauen, abzusichern  
119 oder neu zu schaffen, die diese bei der Wahrnehmung ihrer Rechte unterstützen und  
120 während des Verfahrens, das das Selbstbestimmungsgesetz vorsieht, begleiten können.

121 Die Einführung eines Rechtsanspruchs auf eine qualifizierte Beratung ist zu prüfen.

122 Das Ziel, trans\* und nichtbinäre Menschen bei der Ausübung ihres  
123 Selbstbestimmungsrechts zu unterstützen, kann die Beratung allerdings nur erreichen,  
124 wenn sie von Freiwilligkeit und Vertrauen geprägt ist. Eine Pflichtberatung lehnen  
125 wir deshalb eindeutig ab.

## **Empfänger\*in(nen):**

SPD-Bundesparteitag